

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

## Bundeskonzferenz: Neues Statut und neuer Vorstand

**100 Delegierte aus (fast) allen Bundesländern – in Vorarlberg haben wir keinen Landesverband – trafen sich am 18. November im Veranstaltungszentrum Catamaran in Wien zu unserer alle vier Jahre tagenden Bundeskonferenz. Ein Bericht von Gerald Netzl.**



**Johannes Schwantner und der neue Bundesvorstand wurden mit breiter Mehrheit gewählt. Die Redaktion gratuliert herzlich!**

**A**strid Rompolt, stellvertretende Bezirksvorsteherin des zweiten Bezirkes, und Vidva-Bundesgeschäftsführer Bernd Brandstetter adressierten Grußworte an die Konferenz. Stadtrat Michael Ludwig dankte wie seine VorrednerInnen für unseren Einsatz. Er erinnerte an die Diskussionen Anfang der 1980er-Jahre, ob sich unser Bund für junge Menschen und Nachgeborene öffnen solle. Die damalige Entscheidung zur Öffnung war richtig. Sie gewährleistet das Fortbestehen der Organisation und deren Aktivitäten in Gegenwart und Zukunft. Wie ein roter Faden zogen sich Warnungen vor den Sozialabbauplänen der erwarteten ÖVP/FPÖ-Bundregierung durch die Konferenz. Seitens der Bundes-SPÖ und der SPÖ-Frauen begrüßten wir Genossin Andrea Brunner. Kurt Scholz, Vorsitzender des Zukunftsfonds der Republik Österreich, war ebenfalls zu Gast. SJÖ-Verbandssekretärin Sara Costa war sogar unter den Delegierten.

Bundesvorsitzender Johannes Schwantner verwies auf den vorliegenden umfassenden schriftlichen Tätigkeitsbericht (dieser kann gerne im Bundessekretariat angefordert werden). Er betonte die gute Zusammenarbeit mit ÖVP-Kameradschaft und KZ-Verband sowie die guten Vernetzungen (DÖW etc.) und Arbeit in der Opferfürsorgekommission. Ausdrücklich dankte er Werner Faymann, Josef Ostermayer und Gerhard Schmid für deren Unterstützung als sie noch in ihren zentralen Funktionen waren, was die Festkultur des offiziellen Österreich betraf, Auszeichnungen und Ehrungen für verdiente AntifaschistInnen. Ge-

nossin Thekla Schwantner präsentierte unsere seit einem Jahr bestehende Facebook-Seite, die bereits 844 Follower zählt. Das zeigte Ihre politische Wirkung, besonders an unserer Mobilisierung gegen Rot-Blau (mehr als 11.000 Interaktionen!).

Bewegend war ein Telefonat mit unserem langjährigen Funktionär und Ehrenmitglied des Bundesvorstands Peter Lhotzky. Peter ist krankheitsbedingt nicht mobil. Das Gespräch zwischen Johannes Schwantner und Peter war über den Lautsprecher für alle Delegierten mitzuhören.

### Wahl und engagierte Diskussion

Alle KandidatInnen wurden in geheimer Wahl mit breiter Mehrheit gewählt, die meisten einstimmig. Ein Drittel der Mitglieder des Bundesvorstands bzw. der Rechnungsprüfung sind neu. Genosse Schwantner dankte den ausgeschiedenen Genossinnen und Genossen.

Auf der Bundeskonferenz wurden Anträge zu folgenden Themen beschlossen:

- Der Mitgliedsbeitrag beträgt € 15,- im Jahr
- Einberufung einer Enquete mit dem Ziel eine Stelle zu schaffen, die den betreuten Ausstieg aus der Rechtsextremismus-Szene unterstützt
- Belebung der österreichischen Friedensbewegung
- Keine Koalition mit der FPÖ, unter gar keinen Umständen
- Schaffung einer breiten österreichweiten Plattform gegen Faschismus und Rechtsextremismus
- Forderung nach einem jährlichen Verfassungsberichts zu Rechtsradikalismus
- Errichtung eines Grabmals in Maly Trostinec

Dabei zeigten sich die Delegierten überaus engagiert. Nach einstündiger Diskussion wurde ein neues Statut, das vom Bundesvorstand vorgeschlagen und von sieben Landesverbänden mitgetragen wird, mit der nötigen Zwei Drittel-Mehrheit beschlossen. Der Landesverband Tirol hat im Statut vier abweichende Punkte identifiziert, mit diesen muss sich der neugewählte Bundesvorstand befassen.



**Besonders erfreulich: Unter den Delegierten waren auch viele junge Genossinnen und Genossen.**

Als letzter Redner fungierte beim Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ unser Gen. Rudi Gelbard. Die Konferenz endete kurz vor 16:30 Uhr mit der „Internationale“. Einzig bedauerlich war, dass viele Genossinnen und Genossen wegen der Bundeskonferenz nicht an der am gleichen Tag stattfindenden Gedenkveranstaltung an die von den Nationalsozialisten ermordeten Roma und Sinti in Lackenbach teilnehmen konnten.

### Höchste Auszeichnungen

Nicht minder feierlich war die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette und der Rosa-Jochmann-Plakette. Erstere erhielten Richard Wadani, Stichwort „Deserteursdenkmal“ auf dem Ballhausplatz, und Gin. Christine Beyerknecht (Laudator Harald Ludwig), langjährige Funktionärin im Landesverband Niederösterreich und Mitglied des Bundesvorstands. Peter Weidner hielt die Laudatio auf Richard Wadani, der in seinen beeindruckenden Dankesworten u. a. von Begegnungen mit Rosa Jochmann und Paula Wallisch nach dem Februar 1934 berichtete. Die steirische Landtagspräsidentin Bettina Vollath (Laudator Werner Anzenberger), sowie Barbara Serloth, Klubsekretärin im SPÖ-Parlamentsklub und Autorin, und AK-Präsident Rudi Kaske wurden für ihr antifaschistisches Engagement und Aktivitäten ausgezeichnet. Ohne BündnispartnerInnen in wichtigen Schaltfunktionen wären die vielfältigen Initiativen unseres Bundes nicht möglich.

# In der Bundeskonferenz vom 18. November 2017 gewählter Bundesvorstand

<b>Bundesvorsitzender:</b>	Prof. Johannes SCHWANTNER
<b>Stv. Bundesvorsitzender:</b>	Dagmar CASAGRANDE, Prof. MMag. DDr. Werner ANZENBERGER, GR a.D. Harald LUDWIG, Dr. Gerald NETZL, GR Stv. Laurien Janina SCHEINECKER
<b>Finanzreferent:</b>	BezVorst. a.D. Kurt HEINRICH
<b>Stv. FinanzreferentIn:</b>	Matteo GEBHART, Ing. Johanna HRONICEK
<b>Schriftführer:</b>	LAbg. Dr. Gerhard SCHMID
<b>Stv. Schriftführerin:</b>	Annemarie HOPFGARTNER, BezRat a.D. Magda SCHMID
<b>Beisitzer:</b>	Margarete BENEDICS, GR Mag. Klaus BERGMAIER, Bgm. a.D. Werner BURG, GRin Angi EBERL, Prof. Rudolf GELBARD, LAbg. a.D. Volkmar HARWANEGG, NR a.D. Anton HEINZL, Ernst JARITZ, Ronny JESENKO, Prof. Alfred KOHLBACHER, NR a.D. Katharina KUCHAROWITS, GR a.D. LAbg Marina HANKE, Peter Ulrich LEHNER, StR Dr. Michael LUDWIG, Gerhard MACHER, Jessica MÜLLER, Lt.Präs. a.D. Ernst OUTOLNY, Dr. Brigitte PELLAR, Werner PIKALO, Gabriele PUSCH, Samuel PUTTINGER, Andreas SARKÖZI, Theo MAIER, LAbg. Dr. Günther SIDL, Mag. Dr. Ute SONNLEITNER, Prof. Dr. NR a.D. Johann STIPPEL, Marcus STROHMEIER, GR a.D. Mag. Gabi TREMMEL, Hannelore WALLNER, Peter WEIDNER
<b>RechnungsprüferInnen:</b>	Kurt CIZEK, BezRat Kira-Raffaela HÖFENSTOCK, Prof. Vinzenz JOBST, Helga MAIER, Dr. GV Susanna STEIGER-MOSER
<b>Ehrenmitglieder:</b>	Heribert HARING, Peter LHOTZKY, LAbg. a.D. RegR. i.R. Herta SLABINA, LAbg. a.D. Gertrude SPIESS
<b>Redaktion Kämpfer:</b>	Mag. Martin OPPENAUER
<b>Redaktion/Homepage:</b>	Henri SCHREIBER
<b>Redaktion/Facebook:</b>	MA Thekla SCHWANTNER

## Wir gratulieren: Oktober bis Dezember 2017

**97. Geburtstag:** Flieger Margareta - Waidhofen/Thaya; Brainin Charlotte, Pospichal Berta - Wien;  
**96. Geburtstag:** Faderny Helene - Wien; **95. Geburtstag:** Kaplan Johann, Kölnberger Walther - Wien;  
**94. Geburtstag:** Kratzer Herta, Wald Gertrude - Wien; **93. Geburtstag:** Brainin Hugo, Pfauser Leopoldine - Wien; **92. Geburtstag:** Ehmman Franz - Haid; Spevak Anna, Krenn Erika - Wien; **91. Geburtstag:** Plattner Leo - Innsbruck; Blamhofer Barbara - Schwechat; Häring Franz - Steinberg; Frasl Ernestine - Wien;  
**90. Geburtstag:** Mraz Hedy, Suttner Reinhold - Wien; **85. Geburtstag:** Trofer Othmar - Bad Fischau-Brunn; Urban Leopold - Biedermannsdorf; Sillober Franz, Hörtnagl Hugo - Innsbruck; Schneider Helga, Wildauer Herbert - Wien; **80. Geburtstag:** Wagner Rosa - Eisenstadt; Wöginger Helmut - Golling/Erlauf; Peyerl Karl - Inzersdorf - Getzersdorf; Obermayr Margit - Linz; Rauch Felix - Ollersdorf; Vranitzky Franz, Cizek Kurt, Anderl Helene, Munk Peter, Weihsmann Elisabeth, Suchacek Eleonore - Wien; **75. Geburtstag:** Kiermaier Günter - Amstetten; Scheidl Wolfgang - Bisamberg; Votruba Traude - Felixdorf; Schachner-Blazizek Peter - Graz; Schneider Hans - Gumpoldskirchen; Kreuzer Herbert - Heidenreichstein; Schnalzer Erna - Kapfenberg; Kubica Manfred - Krems; Battisti Erich, Proleb, Sablik Karl - Spillern; Fabian Dagmar, Wester Dietmar, Kronawetter Ernst - St. Pölten; Frank Elfriede, Joachimsthaler Friederike, Frank Franz, Hable Gerhard, Sisa Gertraud, Heilingsetzer Eduard, Schleifer Christine, Haselbach Anneliese, Ehrlich Karl, Kochmann Günther, Lacina Ferdinand - Wien.



# Hilfe für unsere Opfer des Faschismus

**Wie wir unseren Opfern des Faschismus konkret helfen, mögen folgende Zeilen von Genossen Peter Weidner skizzieren.**

2016 starb die von den oberösterreichischen Freiheitskämpfer/innen betreute Sintiza und Auschwitz-Überlebende Frieda Horvath. Etwa 180 Menschen



**Peter Weidner leistet unverzichtbare Arbeit in der Opferfürsorge.**

ihrer Volksgruppe verabschiedeten sich von ihr auf einem Linzer Friedhof. Ein Pfarrer erzählte vom Leidensweg der KZ-Überlebenden. Während seiner Rede brach in den vorderen Reihen eine Frau zusammen und wird aus dem Saal getragen. Ein paar Monate später bekamen die ehrenamtlichen Mitglieder der Opferfürsorge-Kommission folgende Mitteilung: „Laut Sachverständigengutachten ... ist das anerkannte Leiden unverändert – keine Verschlechterung!“

Ich rief die betroffene Frau – eine Sintiza, die schon lange von uns

Freiheitskämpfer/innen betreut wird – an, bot ihr unsere Hilfe an. Sie erzählte mir, dass sie beim Begräbnis ihrer Tante Frieda nach schwallartigem Erbrechen mit einem Herzinfarkt zusammengebrochen war und sofort ins Krankenhaus geführt wurde. Die Rede des Pfarrers, der viel vom Leidensweg und den KZ-Erfahrungen von Frieda Horvath erzählt hatte, hat alles in ihr ausgelöst.

Die von uns Betreute kam im Lager Lackenbach zur Welt. Ihr Vater war zuvor in den Konzentrationslagern Mauthausen und Dachau. Ihre Eltern lernten sich im Konzentrationslager Dachau kennen. Ihre zwei älteren Geschwister wurden 1941 und 1942 im Lager geboren und starben im gleichen Jahr. Zwei ihrer Onkel entkamen dem Lager, indem sie sich zur Wehrmacht meldeten, sie mussten dafür die Zwangssterilisation in Kauf nehmen.

Nach der Befreiung der Lager lebte die Familie in einer Baracke in Linz in sehr beengten Verhältnissen, aber mit intensiven Sozialkontakten. Sie erinnert sich, dass bis in die späte Nacht hinein die Erwachsenen sich von den Grauen und Demütigungen und Erfahrungen dieser Zeit erzählten. Das war

ganz selbstverständlich für sie als Kind, sie habe es ja nicht anders gekannt. Ihr Vater habe immer sehr viel erzählt, sie wollte auch alles vergessen.

Ihre persönliche Beziehungsgeschichte war belastend und dramatisch. Alle vier Ehemänner starben. Ihr erster Mann, mit dem sie eine Tochter hat, verstarb mit 26 Jahren bei einem Arbeitsunfall. Erst ab ihrem 50. Lebensjahr sei ihr die Belastung durch die grausame Geschichte des Faschismus zunehmend persönlich zugänglich geworden. Sie will aus diesem Grund nicht namentlich erwähnt werden und möchte nicht, dass sich ihre Tochter und ihre Enkelin als Sinti deklarieren.

Sie erzählte mir, wie es ihr gesundheitlich geht. Immer mehr haben sich Schlafstörungen entwickelt, seien die Bilder von früher gegenwärtig, die Inhalte der Erzählungen in ihren Gedanken lebendig geworden. Erst von ESRA habe sie erfahren, dass sie psychologische Betreuung haben könne, die sie dankbar in Anspruch nahm. ESRA ist ein psychosoziales Zentrum in Wien, das 1994 für NS-Überlebende eingerichtet wurde.

In den letzten Jahren mache ihr der Alltagsrassismus zunehmend Angst, die vielen Äußerungen, sogar im unmittelbaren

Umfeld, versetzen sie in Angst und Panik. Sie erlebte auch den Zwiespalt der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – einerseits die Wichtigkeit des Weitergebens und Auseinandersetzens, andererseits die sehr belastende ständige Konfrontation mit den Gräueln dieser Zeit.

Zurück zur rechtlichen Situation („keine Verschlechterung“): Das erste fünfseitige Gutachten vom Facharzt für Psychiatrie und Neurologie kann man mit seinem Satz „Die Behinderung durch die verbrechenskausale Position ist unverändert 50 Prozent“ zusammenfassen. Die oberösterreichischen Freiheitskämpfer/innen beschlossen darauf ein Gegengutachten einzuholen und dieses auch zu bezahlen. Die Kernaussage der Psychiaterin in diesem Gutachten: „... Auch, wenn Frau ... die therapeutische Begleitung weiter wahrnehmen wird und der Versuch einer medikamentösen Begleitung thematisiert wird, ist aus meiner Sicht eine Verschlechterung der Befindlichkeit, die kausal mit dem Erhaltenen verknüpft ist, klar festzustellen. ...“

Aufgrund dieses Gutachtens wurden ihr dann 60 Prozent zugestanden und die Opferrente auf monatlich 352,60 Euro erhöht. Für eine Ausgleichszulagenbezieherin sehr viel Geld. ■

## Otto Bauer-Plakette an Gerda Neudecker verliehen

Am 14. November wurde Genossin Gerda Neudecker bei ihrer Bezirkskonferenz die Otto Bauer-Plakette verliehen. Als langjährige Vorsitzende unserer Bezirksgruppe Margareten und Mitglied des Wiener Landesvorstands gestaltete Gerda die Arbeit unseres Bundes wesentlich mit – etwa durch die Februarfeier im Reumannhof sowie gemeinsame Veranstaltungen mit der Seliger Gemeinde und der SPÖ-Bildung. Die Anwesenheit von Sandra Frauenberger (Vorsitzende), Susanne Schaefer-Wiery (Bezirksvorsteherin), Andrea Hallal-Wögerer (BV-Stellvertreterin) und Wolfgang Mitis (Bezirksparteisekretär) zeigten die hohe Wertschätzung durch die SPÖ Margareten. An diesem Abend fand auch ein Generationswechsel statt: Gerda übergibt eine gut aufgestellte Bezirksgruppe an Arijana Segalo. ■

**Von links nach rechts: Kurt Heinrich, Susanne Schaefer-Wiery, Gerda Neudecker, Gerald Netzl, Arijana Segalo, Sandra Frauenberger und Wolfgang Mitis.**

Angelina Tomei





# Trauer um Stefan Schemer (1928 - 2017)

Genosse Wilhelm Soucek, Freiheitskämpfer/innen-Bezirksvorsitzender der Donaustadt, hat einen Nachruf auf Stefan Schemer verfasst.



Parlament

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juni 2017 verschied unser Genosse Stefan Schemer im 88. Lebensjahr. Genosse Schemer, geboren am 19. August 1928, war seit dem Jahr 1949 Mitglied und Funktio-

när der SPÖ. Im Laufe seiner jahrzehntelangen Tätigkeit bekleidete er viele Funktionen und Mandate für die ArbeiterInnenbewegung. Vom Fürsorgerat über Bezirksrat, Gemeinderat und Landtagsabgeordneten bis zum Abgeordneten zum Nationalrat reichten seine politischen Mandate. Darüber hinaus war er Bezirkssekretär der SPÖ-Donaustadt und in weiterer Folge deren langjähriger Bezirksparteivorsitzender. Er war Träger hoher staatlicher Auszeichnungen und des Goldenen Abzeichens des Bundes sozialdemokratischer

Freiheitskämpfer/innen, der Victor-Adler- und der Otto-Bauer-Plakette.

Seine tiefe antifaschistische Überzeugung führte ihn schon früh zu den Freiheitskämpfer/innen. Stefan bekleidete mehrere wichtige Funktionen in unserer Bezirksgruppe. Als langjähriger stellvertretender Vorsitzender und in seinen letzten Lebensjahren als Kassier-Stellvertreter. Er betonte immer wieder, dass er kein Widerstandskämpfer im „klassischen“ Sinne aufgrund seines Alters war, aber die Erinnerung sowie das „Niemals wieder“

des Austrofaschismus und der „Hitlerei“, wie er es nannte, ein wesentliches Element seiner politischen Tätigkeit sei. Seine humane und demokratische Einstellung versuchte er in allen seinen Handlungen nicht nur zu leben sondern auch weiterzugeben.

Wie immer kommt es erst mit der Endgültigkeit uns Anderen ins Bewusstsein, wie selten man den Gegangenen „Danke“ zu Lebzeiten gesagt hat. Stefan Schemer wird für die Bezirksgruppe Donaustadt immer im ehrenden Gedenken verankert bleiben.

## Rosa-Jochmann-Plakette an Erich Hackl verliehen

Im Rahmen der Sitzung des Wiener Landesvorstands am 18. Oktober kam es zu einem festlichen Ereignis: Wir verliehen dem Schriftsteller Erich Hackl die 2015 geschaffene Rosa-Jochmann-Plakette. Marina Hanke verlas die Begründung, warum wir Erich Hackl auszeichnen: Sein Werk ist geprägt von seiner antifaschistischen Einstellung. Zu nennen sind etwa „Abschied von Sidonie“, „Die Hochzeit von Auschwitz“, mit Hans Landauer „Album Gurs“, mit Hans Landauer „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939“, „Im Kältefieber. Februargeschichten 1934“ und „So weit uns Spaniens Hoffnung trug. Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg“.

Seine Bücher sind gelebtes „Niemals vergessen!“ In seinen Dankesworten erinnerte Hackl

an Rosa Jochmanns Einsatz für KZ-Überlebende und den tiefen Eindruck, den unsere Rosa auf ihn gemacht hatte. Als Hackl sprach, spürten die 30 Genossinnen und Genossen im Sitzungssaal in der Löwelstraße förmlich Rosa Jochmann.

Abschließend dankte Silvia Dinhof-Cueto vom Gedenkverein der Republikanischen Spanier in Österreich ihm und unserem Bund. Hackl ist stellvertretender Schriftführer dieses Vereins, gegründet von ehemaligen spanischen Häftlingen des Konzentrationslagers Mauthausen, die nach der Befreiung wegen des Weiterbestehens der Franco-Diktatur in Österreich blieben, ihren Angehörigen und FreundInnen.

**Webtipp:** Infos und Beitritt [www.grsoe.at](http://www.grsoe.at)



Kira-Raffaella Höfenstock

**V. l. n. r.:** Johannes Schwantner, Hannes Harwanegg, Gerald Netzl, Cristina Timón Solinis (Gattin von Erich Hackl), Silvia Dinhof-Cueto, Erich Hackl, Marina Hanke und Dagmar Casagrande.

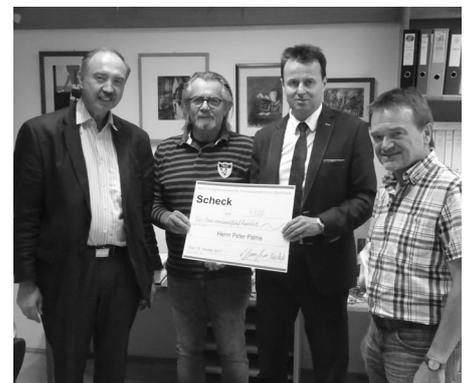
## Hilfe für Peter Palme

Peter Palme ist seit Jahrzehnten Mitglied der SPÖ, war 17 Jahre Angestellten-Betriebsratsvorsitzender der Firma Neckermann und befindet sich derzeit in Pension. Seit Jahren recherchiert er mit Gleichgesinnten in rechtsextremen Kreisen und fotografiert bei deren Veranstaltungen.

Im Zusammenhang mit einem Vorfall beim „Akademikerball“ in Wien im Februar 2017 wurde Peter Palme von Martin Sellner wegen übler Nachrede und Kreditschädigung geklagt. Martin Sellner ist Burschenschaftsmitglied, wurde vom bekannten Neo-Nazi Gottfried Küssel sozialisiert und ist leitender Funktionär der

„Identitären-Bewegung Österreich“, die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und PolitikwissenschaftlerInnen klar dem Rechtsextremismus zugeordnet wird.

Der Prozess ging aufgrund unglücklicher Umstände für Peter Palme verloren. Dies mit der Konsequenz, dass er nunmehr ca. 15.000 Euro an Kosten zu tragen hat. Die Landesorganisation Steiermark hat daraufhin eine Spendenaktion gestartet und selbst einen Beitrag geleistet. Insgesamt konnte aufgrund der hohen Solidarität unserer Mitglieder an Peter Palme ein Prozesskostenzuschuss von 4.500 Euro überwiesen werden.



**V.l.n.r.:** Gerhard Macher, stellvertretender Landesvorsitzender, Peter Palme, Werner Anzenberger, Landesvorsitzender und Leo Stöhr, Initiator der Spendenaktion.



# Novembergedenken 2017

**Wie in den letzten Jahren gedachte am 1. November der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen am Zentralfriedhof der Opfer des Kampfes gegen Austrofaschismus und den Nationalsozialismus. Ein Bericht von Claus Michl-Atzmüller.**

Dem Aufruf folgten MandatarInnen und VertreterInnen der SPÖ, der Wiener SPÖ-Bildung, der SPÖ-Frauen, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation, der Roten Falken und des VSSTÖ. Der Gedenkmarsch war mit mehreren hundert TeilnehmerInnen stärker besucht als in den letzten Jahren.

In seiner Begrüßung führte der Wiener Landesvorsitzende Gerald Netzl den hohen Zuspruch auf das schockierende Ergebnis der Nationalratswahl zurück – die Sozialdemokratie rücke enger zusammen.

Beim Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934-1945 sprach Stadtrat Jürgen Czernohorsky. Mit

dem Jahr „der Durchlüftung“ 1968 folgte in der Ära Kreisky eine Periode der Modernisierung und sozialen Reformen. Heute ist nationalistische und rassistische Politik im Vormarsch. Rechtspopulistische Parteien stellen offen die Europäische Menschenrechtskonvention infrage. Es herrscht eine Politik der Angst und Xenophobie. Die Sozialdemokratie muss geschlossen solidarisch mit den „Sündenböcken“ sein und der steigenden Fremdenfeindlichkeit entgegenreten.

Bei der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz und der NS-Kindereuthanasie in der Gruppe 40 sprach die stv. Landesvorsitzende LABg. Marina Hanke Worte des Gedenkens. Der Anteilnahme an die Gräueltaten



SJ Wien

**Angeführt wurde das heurige Novembergedenken am Zentralfriedhof von 50 SJlerInnen im Blauhemd und mit roter Fahne.**

„Am Spiegelgrund“ folgte der Aufruf, dass unter Schwarz-Blau Gedenkarbeit dringender denn je sein werde. Nicht Neid, Hass und Hetze, sondern Solidarität und Gemeinschaft müssen bestimmend sein.

Die Abschlussrede im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer hielt die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien Fio-

na Herzog. Sie fand auch kritische Worte für die Sozialdemokratie. Diese hätte ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil sie sich mit dem Kapital versöhnt habe. Rechtsextreme brauchen ihre Ideologie nicht mehr zu verstecken. ÖVP und FPÖ seien idente Parteien. Die Sozialdemokratie müsse wieder zur Alternative gegen rechts werden und rechtem Gedankengut Paroli bieten. ■

## Gedenkkundgebung in Hartheim

**Am 1. Oktober fand im Schloss Hartheim eine Gedenkkundgebung für die Opfer der von den Nationalsozialisten getöteten Menschen statt. Ein Bericht von Theodor Maier, Vorsitzender der Freiheitskämpfer/innen Hietzing.**

Die Freiheitskämpfer/innen Hietzing führen mit einem Bus nach Hartheim und nahmen mit interessierten GenossInnen an dieser Veranstaltung teil. Hartheim war eine von sechs T4-Tötungsanstalten im „Dritten Reich“. In diesen Anstalten wurden insgesamt etwa 260.000 ermordet. Den Praktiken der Tötungsanstalt Hartheim fielen zwischen 1940 und 1944 rund 30.000 Menschen zum Opfer. Durch Ärzte und Pfleger, die vorher auf diese Tätigkeit psychologisch vorbereitet wurden, Menschen, welche nach den Vorstellungen der Nazis nicht in den „gesunden Volkskörper“ passten, oder jene die für die „Volksgemeinschaft“ keinen Nutzen mehr erbringen konnten - sogenannte „Ballastexistenzen“. Dazu gehörten PatientInnen aus psychiatrischen Anstalten und BewohnerInnen von Behinderteneinrichtungen und Fürsorgeheimen, teils

Häftlinge aus den KZ Mauthausen, Gusen und Dachau sowie ZwangsarbeiterInnen.

Die Gedenkfeier wurde mit mahnenden und würdigen Reden begangen. Besonders beeindruckend und berührend waren Präsentationen der Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Alkoven, die sich intensiv mit den schrecklichen Ereignissen befasst haben. Im Anschluss fand eine Kranzniederlegung aller Nationen von Opfern am Friedhof beim Schloss statt. Bereits im Sommer hatten die SchülerInnen das Grabmal für die Opfer im Schloss neu gestaltet. „Sie haben die Oberfläche des Grabmals erneuert und mit Donaukiesel bedeckt. Kein Stein gleicht dem anderen, sie stehen symbolisch für die unterschiedlichen Menschen, die in Hartheim umgebracht worden sind“, sagte Florian Schwanninger, Leiter des



NMS Alkoven

**Die SchülerInnen der Neuen Mittelschule Alkoven leisteten einen Beitrag zum Gedenken und trugen selbst verfasste Texte vor.**

Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim.

Im Schloss Hartheim geht es sowohl um eine Dokumentation der Geschehnisse im Nationalsozialismus als auch um die Aufarbeitung und Darstellung von Ideen, die in immer wieder neuen Ausformungen entstehen und wirksam werden können. Die Ermordung von Menschen mit Behinderung durch das Nazi-Regime steht als mahnendes Beispiel dafür, wo Ausgrenzung enden kann.

1995 wurde der Verein „Schloss Hartheim“ gegründet, dessen Ziel es ist, im Schloss einen Ort der Erinnerung, des Gedenkens und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu schaffen. 1997 fasste die oberösterreichische Landesregierung den Beschluss, das Schloss zu renovieren. 2003 wurde mit der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie und der Ausstellung „Wert des Lebens“ der „Lern und Gedenkort Schloss Hartheim“ eröffnet. Eine sehr sehenswerte Ausstellung. ■



# Die Anfänge der Erinnerungskultur in Salzburg

Das Gedenken an die Opfer des Faschismus am 1. November am Kommunalfriedhof hat in Salzburg eine lange Tradition. Diese symbolische Würdigung ist für uns eine wichtige Verpflichtung – in der unmittelbaren Nachkriegszeit war dies jedoch keine Selbstverständlichkeit. Alexander Neunherz über die Anfänge der Erinnerungskultur in Salzburg.

Am 15. Juli 1946 wurde vonseiten des SPÖ-Gemeinderatsklubs der Stadt Salzburg der Antrag gestellt, „dass bei Neu- und Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Plätzen in erster Linie den Opfern des Faschismus Rechnung getragen wird“. Man trat auch dafür ein, dass das „alte Unrecht aus 1934“ wieder gutgemacht werden müsse. So gab es den Wunsch, die General-Dankl-Straße in Maxglan in Rosa-Hofmann-Straße und die Kaiserschützenstraße in August-Gruber-Straße umzubenennen.

Im darauffolgenden Jahr wurden dann auch zwei namenlose Wege nach August Gruber und Valentin Aglassinger benannt. Beide Männer verloren während der Naziherrschaft ihr Leben. Allerdings musste der Salzburger Gemeinderat im Herbst 1946 feststellen, dass es aufgrund der hohen Anzahl an Opfern praktisch nicht möglich war, so viele Straßen und Plätze umzubenennen. Die Idee, stattdessen einen „Befreiungsplatz“ zu schaffen und dort an die Opfer zu erinnern, scheiterte jedoch nach einigen Bemühungen.

Nach den Kriegswirren wurde Franz Rehr eine besondere Ehre zuteil: Wenige Monate vor seinem Ableben im Jänner 1947 wurde der Karolinenplatz in „Dr-

Franz-Rehr-Platz“ umbenannt. Der ehemalige christlich-soziale Landeshauptmann wurde im Jahr 1938 abgesetzt und überlebte später die unmenschlichen Strapazen im Berliner Zellengefängnis Lehrter Straße. Für viele Genossinnen und Genossen blieb Rehr in guter Erinnerung, setzte er sich doch nach dem 12. Februar 1934 für die Freilassung der inhaftierten sozialdemokratischen Gefangenen ein.

Besonders in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende war die Erinnerungskultur geprägt von Konflikten und Auseinandersetzungen um die Deutungsmacht über die Vergangenheit. In Salzburg kann dafür die Entstehungsgeschichte des Mahnmals am Salzburger Kommunalfriedhof exemplarisch herangezogen werden.

Zunächst wurde diese Gedenkstätte vom überparteilichen KZ-Verband und den sozialistischen Freiheitskämpfern gleichermaßen genutzt. Schon zu Beginn auffällig: Zu Allerheiligen wurden zwei separate Gedenkveranstaltungen für die Opfer abgehalten. Zu dieser Zeit war das Ehrenmal lediglich mit einem Holzkreuz versehen. SPÖ-Bürgermeister Anton Neumayr wollte dies im Jahr 1950 ändern, musste jedoch ein Jahr später



Das Mahnmal am Salzburger Kommunalfriedhof bei der jährlichen Gedenkfeier der Freiheitskämpfer/innen.

krankheitsbedingt zurücktreten. Es folgten Jahre des Streits.

Schließlich einigte man sich auf einen schlichten Marmorblock mit der Aufschrift: „Dem Gedenken der Opfer für Freiheit und Menschenwürde.“ Die Opfer erhielten darauf keine Namen – ein zeitlicher Bezug fehlte. Am 31. Dezember 1955 wurde das Mahnmal schließlich eingeweiht. Die FPÖ legte einen imposanten Kranz nieder, auf dessen Schleife doppeldeutig zu lesen stand: „Dem Gedenken der Opfer – der

Nationalen und Freiheitlichen.“ Josef Klaus, zu dieser Zeit ÖVP-Landeshauptmann, ließ sich bei der Feier überhaupt vertreten.

Heute sind solche Konflikte der Nachkriegsjahre beinahe in Vergessenheit geraten. Diese in Erinnerung zu rufen, erscheint daher wichtig. Sehr viel wichtiger ist jedoch, dass sich weiterhin bis zu 100 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jährlich am Mahnmal treffen, um den Opfern des Faschismus zu gedenken. ■

## Quellen

- Vgl. Kerschbaumer, Gert (2005). Widerstand und Verfolgung in der Stadt Salzburg: 1934 - 1938 - 1945, in: Kulturabteilung der Landeshauptstadt Salzburg (Hg.): Antifaschistisches Mahnen und Gedenken in Salzburg. Das Mahnmal auf dem Südtirolerplatz im Kontext, S. 6-7.
- Vgl. Kerschbaumer, Gert (2005). Gedenken und Mahnen in der Stadt Salzburg: 1945 - 2005, in: Kulturabteilung der Landeshauptstadt Salzburg (Hg.): Antifaschistisches Mahnen und Gedenken in Salzburg. Das Mahnmal auf dem Südtirolerplatz im Kontext, S. 24-25.

## Gedenkreise der ARGE der NS-Opferverbände

Die Vernichtung des polnischen Judentums durch die Nazis und ihre Helfer ist unter dem Namen „Aktion Reinhardt“ bekannt. Über zwei Millionen Jüdinnen und Juden sowie etwa 50.000 Roma wurden in den drei Massentötungsorten Belzec, Sobibor und Treblinka sowie dem KZ Lublin-Majdanek ermordet. Im September fuhr ein zwanzig Mitglieder der drei in der ARGE der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs verbundenen Organisationen KZ-Verband,

ÖVP-Kameradschaft und Sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen an die ehemaligen Orte des Mordens. Unter fachkundiger Begleitung und Information durch MitarbeiterInnen der Gedenkstätte Majdanek konfrontierten sich die TeilnehmerInnen mit der schrecklichen Geschichte. Ein kurzer Aufenthalt in Warschau ermöglichte den Besuch des beeindruckenden neuen Museums der Geschichte der polnischen Juden ([www.polin.pl/en](http://www.polin.pl/en)). Niemals vergessen! ■



Die österreichischen AntifaschistInnen legten in der Gedenkstätte Majdanek einen Kranz für die Opfer des Nazi-Terrors nieder.



## 70 Jahre ÖLG Ravensbrück

Am 28. September feierte die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnen im Festsaal des Amtshaus Leopoldstadt den 70. Jahrestag ihrer Gründung. An die 100 Besucherinnen und Besucher folgten dem abwechslungsreichen politischen und künstlerischen Programm, das, wenig überraschend dafür umso bemerkenswerter, ausschließlich von Frauen getragen wurde. Von Beginn ihrer Tätigkeit wollte die Lagergemeinschaft das Gedenken fördern und den überlebenden Frauen die Rückkehr erleichtern. Wir Freiheitskämpfer/innen wünschen alles Gute zum Geburtstag und weiterhin eine erfolgreiche Tätigkeit! ■

Webtipp: [www.ravensbrueck.at](http://www.ravensbrueck.at)



Hannelore Stoff (ÖLGR/F)

Ehrengäste: die Ravensbrück-Überlebende Josefine Oswald (2.v.l.) und der Sohn von Irma Trksak, Ludwig (4.v.l.). Käthe Sasso musste aus gesundheitlichen Gründen leider absagen.

## Mauthausen Komitee warnt vor Gefahr für Österreich

Der neue Nationalrat trat am 9. November erstmals zusammen - dem Jahrestag der „Reichspogromnacht“, in der die Nationalsozialisten 1938 mit größter Brutalität die

wehrlose jüdische Minderheit angegriffen haben. „Das Datum der Konstituierung des Nationalrats könnte ein Symbol dafür sein, dass unsere Republik auf der bedingungslosen Ableh-

nung des Nationalsozialismus und auf der Erinnerung an das Leid seiner Opfer beruht“, sagt Willi Mernyi, der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ). „Die FPÖ sorgt

allerdings für eine ganz andere Symbolik: Auf ihrer Liste ziehen so viele Mitglieder deutschnationaler und rechtsextremer Verbindungen in den Nationalrat ein wie noch nie.“ ■

## 25 Jahre Lichtermeer

Am 23. Jänner 1993, vor bald 25 Jahren, ereignete sich die größte Demonstration der Zweiten Republik auf dem Wiener Heldenplatz. Claus Michl-Atzmüller lässt das „Fest der Anständigkeit“ für unsere LeserInnen Revue passieren.



SOS Mitmensch/Kaufmann

Nach dem rassistischen Volksbegehren der FPÖ („Österreich zuerst“) kam es 1993 zur mit 250.000 Teilnehmern größten Demonstration der Zweiten Republik.

Mit dem massiven Rechtsruck der FPÖ beendete Bundeskanzler Franz Vranitzky 1986 die kleine Koalition der SPÖ mit der FPÖ. Franz Vranitzky betonte in historischen Reden die Mitverantwortung Österreichs an den nationalsozialistischen Verbrechen. Doch schon bald standen nach dem Mauerfall diese Aussagen Vranitzkys neuen rassistischen

aber auch gegen die Asyl- und Zuwanderungspolitik der großen Koalition von SPÖ und ÖVP. Das Lichtermeer war eine Protestaktion, welches auch in den Landeshauptstädten zu Solidaritätsbekundungen führte und sich gegen das Volksbegehren der Haider-FPÖ „Österreich zuerst“, das sogenannte „Ausländervolksbegehren“ richtete. Das Volksbegehren der Freiheitli-

chen wurde mit 416.531 Unterschriften nur ein mäßiger Erfolg. Die FPÖ hatte mehr als eine Million Stimmen angepeilt.

Obwohl die Hauptforderungen der FPÖ nach einem Zuwanderungsstopp und nach einer Verfassungsbestimmung, wonach Österreich kein Einwanderungsland sei, nicht umgesetzt wurden, folgten Restriktionen in der Migrationspolitik. Fremden- und Sicherheitspolizeigesetze wurden verschärft. Im Fokus der Kritik stand vor allem das neu geschaffene Aufenthaltsgesetz, welches erstmals Quoten für den Zuzug nach Österreich einführte.

Eine prominent besetzte Plattform hatte sich im Dezember 1992 aus Protest gegen das Volksbegehren der FPÖ zusammengefunden. Das erste Treffen fand im Haus von André Heller statt. Friedrun und Peter Huemer, Willi Resetarits, Josef Haslinger, Helmut Schüller und Rudolf Scholten waren bei dieser Geburt von SOS Mitmensch mit dabei. SOS Mitmensch engagiert sich seither für die Stärkung

der Menschenwürde und gegen Rassismus, für Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen. Der Initiative schlossen sich KünstlerInnen, Intellektuelle, GewerkschafterInnen und Kirchenvertreter an. Xenophobie und ihre populistische Ausbeute durch die FPÖ sollten eine moralische Ächtung in der Öffentlichkeit erfahren. Trotzdem gewann die FPÖ unter Jörg Haider bei Wahlen massiv an Stimmen. Sie steht nach der Nationalratswahl 2017 erneut vor einer Regierungsbeteiligung.

Die große Sozialdemokratin, Antifaschistin und Freiheitskämpferin Rosa Jochmann, die damals bereits 91 Jahre alt war, hatte beim Lichtermeer ihren letzten bedeutenden Auftritt und bleibt mit ihrer Rede vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ewiger Erinnerung.

Der Erfolg des Lichtermeers lag darin, dass in Teilen der Zivilgesellschaft ein intensives Menschenrechtsbewusstsein entstanden ist. Dieses gilt es zu bewahren und auszubauen. ■



# Abzeichengesetz – Gesetz gegen NS-Symbole

Nicht zuletzt aus dem Staatsvertrag ergibt sich die kompromisslose Ablehnung des Nationalsozialismus durch die Zweite Republik. Das wichtigste Gesetz zu diesem Zweck ist das Verbotsgesetz, zur Seite gestellt ist diesem unter anderen das 1960 beschlossene Abzeichengesetz.

Während das Verbotsgesetz NS-Wiederbetätigung und das Uniform-Verbotsgesetz das Tragen der Wehrmachtsuniform unter Strafe stellte, fehlten bis zum Beschluss des Abzeichengesetzes den Sicherheitsbehörden oftmals Möglichkeiten gegen NS-Symbole vorzugehen. Im Auge hatte man hier sowohl Originale aus der NS-Zeit aber auch „frisches“ Propagandamaterial (etwa auf Streuzettel), Nachdrucke und „Ersatzsymbole“. Das Gesetz verbietet das Zeigen, Verbreiten und Verkaufen von NS-Symbolen, egal auf welchen Objekten sie sich befinden. Um die Umgehung zu erschweren fallen auch Ersatzsymbole weitreichend unter das Gesetz, für Aufklärungs- und Dokumentationszwecke sieht das Gesetz hingegen Ausnahmen vor.

Wenn auch die Haltung zu den NS-Symbolen eindeutig war, sorgte beim Gesetzesbeschluss die Frage der Wehrmachtsorden für Streit. Ein Verbot dieser konnten die Kameradschaftsverbände in letzter Sekunde erfolgreich verhindern: In Folge wurde nur das Tragen jener Orden der Wehrmacht verboten, die das Hakenkreuz aufweisen – was zu Protest der Opfer- und Widerstandsorganisationen führte.

Dass die Ausarbeitung des Gesetzes und die Novelle 1980 in enger Absprache mit den Opferverbänden und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) stattfand verdeutlichen etwa die auf antifaschistische Aufklärungsarbeit gerichteten Ausnahmebestimmungen – ohne die es eine DÖW-Dauerausstellung mit Originalen nicht geben könnte – oder die Redebeiträge erklärter Antifaschisten wie Abg. Nedwed während der Debatte im Nationalrat.

Als Verwaltungsstrafgesetz ist für den Vollzug in den Statutarstädten die Landespolizeidirektion, sonst die Bezirkshauptmannschaften, zuständig. Die Strafen reichen bis 4.000 Euro und umfassen auch den Verfall des Objekts. Das Gesetz geht davon aus, dass die NS-Symbole eine „propagandistische und den Geist der Organisation verpflanzende Wirkung“ aufweisen – eine Einschätzung, die (leider) nicht an Relevanz verloren hat. So findet das Gesetz heute Anwendung auf Flohmärkten, im Internet und in sonstiger digitaler Kommunikation, bei rechten Aufmärschen aber auch bei Denkmälern, die durch ihre Symbole einen NS-Bezug herstellen.

Wenn auf Flohmärkten Objekte mit Nazi-Symbolen auftauchen, wird meist zum Verbotsgesetz gegriffen. Mag es auch Fälle geben wo das Sinn macht, so stellt in den allermeisten Fällen das Abzeichengesetz das effektivere Gesetz dar. Dies schon allein, weil ein Vorsatz zur NS-Wiederbetätigung/Leugnung der NS-Verbrechen kaum vorliegt oder beweisbar ist. Verwaltungsstrafe und der Verfall des Objekts, bei mehrmaliger Strafe wohl schlussendlich auch der Entzug der Genehmigung für den Marktstand, stellt dafür eine adäquate und ausgewogene Reaktion dar.

Erstaunen mag, dass Symbole verbotener NS-Organisationen noch immer auch öffentlichen Denkmälern zu finden sind. Das DÖW hat zusammen mit den jeweiligen Landesverbände des KZ-Verbands bzw. der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer im Sommer 2016 drei solche exemplarische Fälle nach dem Abzeichengesetz angezeigt: In Feldbach (Bez. Südoststeiermark) die Verwendung eines Symbols der 14. Waffen-SS-Division, in Bleiburg/Pliberk (Bez.



Österreich wird auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen (...)“ (Staatsvertrag, Art. 9).

Völkermarkt/Velikovec) eines Symbols der 13. Waffen-SS-Division und am Ulrichsberg (Stadt Klagenfurt/Celovec) eines Symbols des XV. SS-Kosaken-Kavallerie-Korps. Während in Feldbach kürzlich (zu Allerheiligen) ein rechtskonformer Zustand hergestellt wurde, steht eine solche Reaktion in den beiden anderen Fällen noch aus. ■

*Gastautor Mathias Lichtenwagner arbeitet am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Er ist u.a. an den Projekten „re\_map vienna“ sowie „Politics of Remembrance“ beteiligt.*

*Eine Literaturliste des Autors findet sich auf <http://porem.univie.ac.at/team/mathias-lichtenwagner>.*

## Hinweise

- Abzeichengesetz – „Kleines Verbotsgesetz“ verschollen im Verwaltungsstrafrecht? Geschichte, Judikatur und Anwendungsprobleme. In: Juridikum, 2/2017.
- Veranstaltung/Diskussion: 15. 1. 2018, 13:00 - 19:30 Uhr, Juridicum Dachgeschoß: „...um alle nazistische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern.“ – Verhältnis und Konkurrenz von Verbotsgesetz, Abzeichengesetz und Verwaltungsstrafrecht.

# Opfer – Täter – Gegner

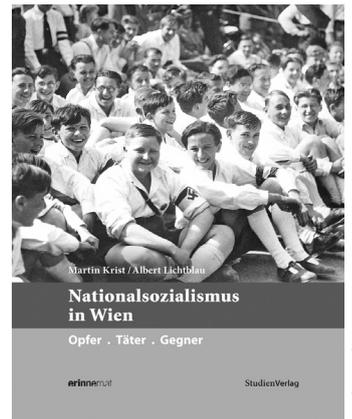
In der Jugendsachbuchreihe „Nationalsozialismus in den Bundesländern“ erschien vor kurzem der achte Band, der sich Wien widmet. Die Bände behandeln auf dem neuesten Forschungsstand die wesentlichen Themen zum Nationalsozialismus, jeweils zu den einzelnen Bundesländern, wenn 2018 jener über Niederösterreich erscheint, ist die Reihe komplett. Kurzbiografien spiegeln exemplarisch die Handlungsweisen von Menschen und die Konsequenzen nationalsozialistischer Politik für die/den Einzelne/n wider, die zahlreichen Abbildungen illustrieren nicht nur,

sondern ergänzen den Text inhaltlich. Die Bände richten sich vor allem an junge Leserinnen und Leser, aber auch an interessierte Erwachsene: als Nachschlagewerk, aber auch zum Einsatz im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung.

Der vorliegende Band hebt neben den bekannten zwei oft vergessene Opfergruppen hervor: Die tschechische/slowakische Minderheit in Wien und die „Kinder vom Spiegelgrund“. Beide Gruppen, mit ihrer spezifischen Verfolgungsgeschichte, werden im Buch ausführlich erwähnt.

Das gut lesbare Buch ist in 15 Großkapitel unterteilt, darunter z. B. „Wien 1918 – 1938“, „NS-Machtübernahme: Begeisterung und Verfolgung“, „Jugend und Schule“, „Verfolgung homosexuell orientierter Menschen“, „Widerstand“. Diese Kapitel sind wiederum in knappe, leicht verständliche und mit zentralen Fragen eingeleitete Themenbereiche untergliedert. Dabei bleibt der Blick durchgängig auf die im Untertitel des Buches genannten Opfer, TäterInnen und GegnerInnen gerichtet, die durch ausgewählte biografische Rekonstruktionen dargestellt werden. Lesenswert! ■

Albert Lichtblau & Martin Krist: **Nationalsozialismus in Wien. Opfer. Täter. Gegner.**



Reihe: Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern (Band Nr. 8), Studienverlag, Wien, 2017, ISBN: 978-3-7065-5321-6, 448 Seiten, € 24,90

# Orte – Täter – Opfer

Die Autoren Robert Bouchal und Johannes Sachslehner zeichnen ein Bild von der Stadt im Zeichen des Hakenkreuzes. Sie besuchten Orte, die im Brennpunkt der NS-Herrschaft standen, und erzählen von den Wienern und Wienerinnen: von Profiteuren, Handlangern und Mördern, von Mitläufern und Opfern.

Robert Bouchal ist Höhlenforscher, Fotograf und Autor und

dokumentiert seit über 30 Jahren geschichtsträchtige Orte in Österreich. Johannes Sachslehner ist Verlagslektor, Historiker und Autor zahlreicher Bücher zu historischen und kulturhistorischen Themen.

Besonders die ersten Kapitel sind fast ausschließlich mit Originalpropagandaufnahmen illustriert, sodass man den Eindruck gewinnt, ein Nazi-Bilderbuch in Händen zu halten. Zum Teil er-

fährt man Neues, zum Teil wird Altbekanntes wiedergegeben. Bedauerlich, dass etwa auf die Außenlager des KZ Mauthausen in Wien vergessen wurde. Ein leider fehlerhaftes Lektorat tut dem gut gemeinten Buch zusätzlich großen Abbruch. Schade, da wäre mehr drin gewesen! ■

Johannes Sachslehner und Robert Bouchal:

**Das nationalsozialistische Wien. Orte - Täter - Opfer.** Molden Verlag, Wien, 2017, ISBN 978-3-222-15002-9, 240 Seiten, € 26,90



# Stille Machtergreifung

Hans Henning Scharsach hat nach seinem Buch „Strache im braunen Sumpf“ nun ein weiteres vorgelegt: „Stille Machtergreifung – Hofer Strache und die Burschenschaften“. Scharsach, ein unermüdlicher antifaschistischer Spurensucher, durchleuchtet mit diesem Buch akribisch die neonazistischen Wurzeln und Traditionen der deutschnationalen, schlagenden Burschenschaften und ihren wachsenden ideologischen Einfluss auf Strategie und Taktik der FPÖ. Alle seine aufgedeckten Fakten über den Deutschnationalismus, die Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit, den Antisemitismus und die Fremdenfeindlichkeit sowie die

Propagandamärchen von der „sozialen Heimatpartei“ der tonangebenden Burschenschaften sind rechtlich unangreifbar und sind ein wichtiges Informationsmaterial für uns FreiheitskämpferInnen bei unserer antifaschistischen Aufklärungsarbeit.

Hans-Henning Scharsach untersucht die engen Verflechtungen Norbert Hofers, Heinz-Christian Straches und ihrer Weggefährten mit den Burschenschaften. Seine akribische Recherche taucht tief in deren antisemitische und nationalsozialistisch geprägte Geschichte ein. Er analysiert ihr politisches Instrumentarium, das sich mit Hasskampagnen und systematischer Verbreitung von

Unwahrheiten über alle Regeln der Fairness hinwegsetzt. Anhand belegbarer Zahlen, Daten und Fakten zeigt Scharsach auf, was Österreich droht, wenn deutschnationale, schlagende Burschenschafter an die Macht kämen.

Wissenschaftliche Arbeiten belegen, dass sich die elitär agierenden Burschenschaften nie aus den Traditionen des Nationalsozialismus befreit haben. Als intellektuelle Speerspitze der FPÖ bestimmen sie die Propaganda und die Wahlkämpfe nach historischen Mustern, mit Hasskampagnen gegen Feindbilder und Sündenböcke (Volksfremde, Ausländer, Flüchtlinge und Linke) und setzen sich über alle Regeln von Anstand, Fairness und Mitmenschlichkeit hinweg. ■



Hans Henning Scharsach: **Die Stille Machtergreifung – Hofer, Strache und die Burschenschaften,** Verlag Kremayr & Scheriau, 2017 Wien, ISBN 978-3-218-01084-9, 239 Seiten, € 22,00

# RS-Verräter und –Spitzel entlarvt

**Der Historiker Hans Schafranek, Verfasser wichtiger Arbeiten zu Widerstand, Stalinismus und NS-Bewegung, zeichnet in seiner profunden Studie ein detailreiches, präzises und erschreckendes Bild der Durchdringung großer Teile des österreichischen Widerstandes durch V-Leute der Gestapo. Ein Beitrag von Wolfgang Neugebauer.**

Es ist für Sozialdemokraten schmerzhaft zu erfahren, dass auch die Revolutionären Sozialisten (RS) – so wie die kommunistische Bewegung und zahlreiche konservative und legitimistische Widerstandsgruppen – von Verrätern und Spitzeln durchsetzt waren.

Die Gestapo Wien setzte nach den Recherchen Schafraneks insgesamt sieben V-Leute gegen die RS ein. Für die Organisation des sozialistischen Widerstandes 1938/39 war es besonders verhängnisvoll, dass ein führender Funktionär, der ehemalige Sportredakteur der Arbeiter-Zeitung und RS-Organisationsleiter Hans Pav, zum Verräter wurde. Der deswegen 1947 zu 15 Jahren Kerker verurteilte Pav war wie andere RSler im März 1938 verhaftet worden und hatte sich sehr bald unter dem psychischen Druck der Gestapo bereit erklärt, Spitzeldienste zu leisten. Als Agent Provocateur trat Pav mit vielen GenossInnen zwecks Aufbaus der RS in Verbindung, traf sich mit führenden RS-Funktionären wie Josef Buttinger im Ausland und ignorierte deren Warnun-

gen vor weiteren Aktivitäten. Seinem Wirken fiel die gesamte zentrale RS-Organisation zum Opfer. Unter den von Pav verratenen GenossInnen befand sich auch die am 30. Mai 1938 von der Gestapo festgenommene Käthe Leichter, die in das KZ Ravensbrück kam und 1942 in der Euthanasieanstalt Bernburg ermordet wurde.

Als Verräter par excellence erwies sich der von Schafranek als V-Mann „Edi“ identifizierte Lehrer Eduard Korbel, der als Schutzbundführer des Kreises West im Februar 1934 zum Dollfuß-Regime übergelaufen, aber schon bald nach dem „Anschluss“ in den Dienst der Gestapo getreten war. Von diesem Spitzel liegen 47 Berichte aus der Zeit vom Mai 1938 bis Oktober 1940 vor, aufgrund derer zahlreiche GenossInnen festgenommen wurden, u. a. der im KZ Buchenwald umgekommene Roman Felleis und der nachmalige Handelsminister Josef Staribacher, der ein Jahr im KZ Buchenwald verbringen musste. Der erst vor einigen Jahren als (bezahlter) V-Mann der Gestapo enttarnte ehemalige Landeshauptmann-

stellvertreter des Burgenlandes, Dr. Ludwig Leser, stand zwar mit RS-Funktionären im Ausland in Verbindung; aus seinen sehr allgemein gehaltenen Berichten an die Gestapo geht aber nicht hervor, dass dadurch Personen zu Schaden kamen.

Auch in die von Johann Cäsar geleitete Meidlinger RS-Gruppe wurde bereits 1940 ein Gestapospitzel mit dem Decknamen „Vogel“ eingeschleust, den Hans Schafranek als Max Vozihnoj identifizierte. Dieser ehemaligen Bezirksleiter der RS-Meidling war im Zuge der zentralen Verhaftungsaktion im August 1939 in das KZ Buchenwald gekommen und im März 1940 moralisch gebrochen entlassen worden. In Agent Provocateur-Manier versuchte Vozihnoj als Gestapo-V-Mann die Meidlinger Widerstandsgruppe zu radikalisieren und zu Gewalttaten aufzustacheln. 1943 wurden neun RS-AktivistInnen von der Gestapo festgenommen und einige KZ eingewiesen. Vozihnoj erhielt 1947 15 Jahre Kerker, 1953 wurde er entlassen.

Die stellenweise einem Krimi gleichende Publikation stellt einen wichtigen Beitrag sowohl zur Widerstandsforschung als auch zur Aufarbeitung des NS-Repressionssystems dar. ■



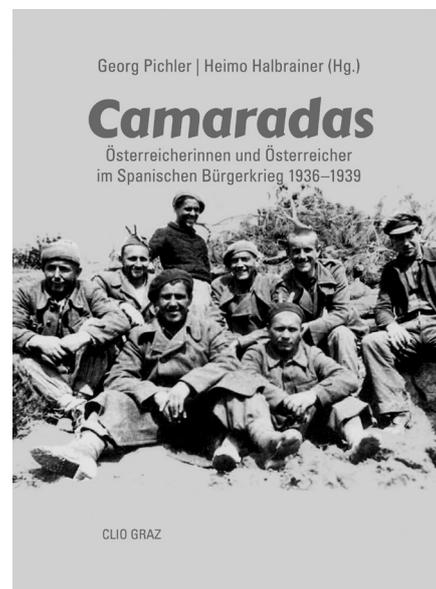
Hans Schafranek:  
**Widerstand und Verrat. Gestapospitzel im antifaschistischen Untergrund 1938–1945**, Czernin Verlag, Wien, 2017, ISBN: 978-3-7076-0622-5, 503 Seiten, € 29,90

## Camaradas

Das Buch fasst die Ergebnisse eines Symposiums vom Oktober 2016 in Graz zusammen. Im Rahmen der gedächtnispolitischen Debatte um den Stellenwert des Bürgerkriegs in der spanischen und europäischen Geschichte werden in 17 Kapiteln Themenkomplexe wie die künstlerische und literarische Verarbeitung, der Beitrag der Frauen, ideologische Aspekte innerhalb der Internationalen Brigaden oder die Teilnahme von Österreichern auf Seiten der aufständischen Generäle behandelt. Titel und Inhalte der Beiträge sind abwechslungsreich und z. T. sehr spezifisch („Die republikanischen Spanier in Mauthausen 1940 – 1945“, „Moskau, die kommunistische Bewegung und die Interbrigaden“, „Dolmetschen bei den Internationalen Brigaden“, „Lokalgeschichte und Weltliteratur – Die drei Kühe“. In einzelnen Beiträgen finden sich interessante Informationen, besonders die Fußnoten und die hervorragende Bibliografie zeichnen das Buch aus. ■

### Camaradas.

**Österreicherinnen und Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939**, herausgegeben von Georg Pichler und Heimo Halbrainer, Clio Graz, Graz, 2017, ISBN 978-3-902542-56-4, 348 Seiten, € 25,00



# Kollaboration, Widerstand und Vergeltung

**In den vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Ländern und in den verbündeten Staaten verliefen die Grenzen zwischen passiver Anpassung, aktiver Kollaboration und Widerstand ebenso fließend wie jene zwischen Rache und Vergeltung im und nach dem Krieg.**

Aus unterschiedlichen Gründen unterstützten Individuen, Gruppen und/oder lokale Behörden in den besetzten Gebieten die Besatzer, erduldeten ihre Anwesenheit oder lehnten sich dagegen auf. Passive Anpassung fiel in Nord- und Westeuropa, wo die Besatzungstruppen in der Regel gemäßigt agierten, leichter als in den rücksichtslos unterdrückten Ländern Ost- und Südosteuropas. Dort gingen Besatzung, Widerstand und Befreiung oft mit Bürgerkriegen, Genoziden und „ethnischen Säuberungen“ einher. Dabei spielte die Besatzungsmacht mitunter eine geringere Rolle als verschiedene lokale Gruppierungen. Bis heute gibt es keine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der vier miteinander verwobe-

nen Themen „Kollaboration“, „Anpassung“, „Widerstand“ und „Vergeltung“. Dieses Buch schließt diese Lücke und zeigt länderspezifisch, was während des Zweiten Weltkriegs in Europa geschah.

Als einziges britisches Gebiet waren die Kanal-Inseln von der Wehrmacht von 1940 bis Kriegsende besetzt. Es war eine friedvolle Besetzung, die sogar 900 britisch-deutsche Babys hervorbrachte. Ganz anders verlief das Besatzungsregime in Jugoslawien und Griechenland, geschweige denn in den „Bloodlands“ (Copyright Timothy Snyder). Diese Länder waren religiös und ethnisch heterogen, die Menschen dort viel kampfbereiter als in West- und Nordeuropa! In Ost- und Süd-

osteuropa gab es oft gleichzeitig mehrere Aggressoren und verschiedene Besatzungsmächte und dort standen die zukünftigen Kollaborateure meist vor der Entscheidung, welchem Okkupanten sie dienen wollten. Diejenigen, die sich einem bestimmten Besatzer anschlossen, starben mit größerer Wahrscheinlichkeit als diejenigen, die fähig waren, sich flexibel und pragmatisch auf die Seite des jeweils gerade Herrschenden zu schlagen. Es gab allerdings keine Garantie und das Überleben war eher dem Glück zu verdanken als einem besonderen Talent für Servilität oder Intrige.

Das gut lesbare Buch geht oft ins Detail, etwa beim Umgang der Nachkriegsgesellschaften mit echten und vermeintlichen Kollaborateuren, was hier im Artikel aus Platzgründen leider nicht wiedergegeben werden kann. ■



István Deák:  
**Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkriegs**, aus dem Ungarischen übersetzt von Andreas Schmidt-Schweizer, Böhlau Verlag, Wien, 2017, 978-3-205-20218-9, 367 Seiten, € 34,99

## RS-Verhaftungswelle

**In den vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Ländern und in den verbündeten Staaten verliefen die Grenzen zwischen passiver Anpassung, aktiver Kollaboration und Widerstand ebenso fließend wie jene zwischen Rache und Vergeltung im und nach dem Krieg.**

Am 27. November 1937 verhaftete die Polizei das Zentralkomitee, die Wiener Leitung, die Länderleitung, die Führung der Betriebsorganisationen, die Häupter der Sozialistischen Arbeiterhilfe, des Schulungsausschusses und der Zellenorganisation, ferner die Leiter des gesamten Technischen Apparates und alle wichtigen zentralen Hilfskräfte.

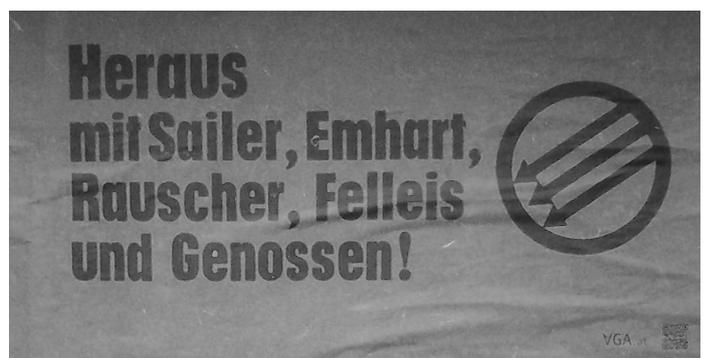
Unter den Verhafteten waren: Josef Podlipnig, Manfred Ackermann, Hans Pav (er wurde später Gestapo-Spitzel und verriet mehrere Genossinnen und Genossen), Franz Fleck, Karl Czernetz, Erich Sladky, Franz Olah, Roman Felleis, der „kleine“ Otto Bauer, Wilhelmine Moik, Rudolfine Muhr, Anni Stein, Maria Pokorny, Helene Potetz, Poldi Moll, später Karl Maisel mit den Kollegen vom Vorstand der illegalen Metallere-Gewerkschaft. Es wurden der Herstellungsort

für den „Informationsdienst“, Arbeitsplätze, Aufbewahrungsorte, Zusammenkunftsorte, Zentraldepots und sonstige Einrichtungen der Führung ausgehoben. Auch die Schreibkräfte aller Leitungsmitglieder wurden damals verhaftet. Dagegen standen die unteren Organisationen unbeschädigt da, auch die Druckerei wurde nicht entdeckt. Karl Hubeny, ein sozialistischer Jugendführer aus dem Alsergrund, fuhr sofort in die CSR und holte die Druckplatten der „Arbeiter-Zeitung“, die dort illegal hergestellt werden mussten (die tschechoslowakische Regierung hatte den Druck der AZ in Brünn Ende 1936 verboten), druckte die Nummer in Wien und lieferte sie aus, als ob nichts geschehen wäre.

Joseph Buttinger und Karl Holoubek waren der Verhaftung entgangen und führten die illegale Tätigkeit weiter. Holoubek

leitete die Wiener Organisation mit Hilfe von Franz Pfannenstiel aus Währing weiter. Es wurde zunächst ein allgemeines Sitzungsverbot ausgegeben, die Zirkelarbeit wurde stillgelegt und jedem Vertrauensmann aufgetragen, sich mindestens vier Wochen lang so wenig wie möglich zu betätigen. Nur Zeitung und Informationsdienst erschienen weiter. Buttinger erneuerte die zerstörte Verbindung zu den Bundesländern mit Hilfe von Ferdinand Tschürtz und dem Salzburger Landesleiter Josef Pfeffer, der im Juli 1937 wieder in Freiheit gesetzt worden war.

Durch die von Hitler bei der Berchtesgadener Unterredung mit Schuschnigg geforderte politische Amnestie wurden auch die verhafteten Revolutionären Sozialisten am 17. Februar 1938 freigelassen. Vielen von ihnen sollten bald nach dem Anschluss von der Gestapo verhaftet werden. Tschürtz, geb. 1905, wurde am 17. Juni 1938 verhaftet und am 19. Jänner 1939 in Buchenwald ermordet. Pfeffer wurde am 2. März 1940 ins KZ Sachsenhausen deportiert und dort, ebenfalls 33-jährig, am 28. Jänner 1945 ermordet. Roman Felleis starb am 24. August 1944 im KZ-Buchenwald. ■



**Nach dem rassistischen Volksbegehren der FPÖ („Österreich zuerst“) kam es 1993 zur mit 250.000 Teilnehmern größten Demonstration der Zweiten Republik.**

# Die FPÖ – Partei der Reichen

Mit dem Buch „Die FPÖ - Partei der Reichen“ legt Michael Bonvalot ein umfassendes Werk über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Freiheitlichen vor. Während die FPÖ sich als „soziale Heimatpartei“ inszeniert, macht der Autor, mit Verweis auf diverse FPÖ-Publikationen, dem Abstimmungsverhalten im Parlament und zahlreichen anderen Quellen deutlich, wie es die FPÖ mit dem Sozialstaat hält. Das fast 70 Seiten starke Kapitel zum Wirtschaftsprogramm der Strache-FPÖ kann als Herzstück gesehen werden. Hier gibt Bonvalot einen klaren Einblick in die ökonomischen und sozialpolitischen Implikationen der Parteipositionen. So will die FPÖ im Sozialbereich 3,8 Milliarden Euro kürzen und in der Arbeiterkammer stimmten die freiheitlichen Delegierten gegen einen Antrag, der die 30 Stundenwoche bei vollem Einkommensausgleich als Ziel hatte.

Akribisch weist er auch darauf hin, dass die FPÖ allein im Jahr 2017 fünfmal die Höhe des geforderten Mindestlohns änderte und unterstreicht damit auch die Ambivalenzen im freiheitlichen Lager. Die Stärke des Werkes liegt nicht nur darin, dass die einzelnen Positionen der FPÖ sehr detailliert dargestellt und aufbereitet werden, sondern auch darin, dass die entsprechenden wirtschafts- und sozialpolitischen Belange und Folgen verständlich erklärt werden. Das Buch kann als Versuch gewertet werden, die Wirtschaftspolitik der FPÖ ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu ziehen, denn sie selbst vermeidet dies tunlichst. Schließlich ist es die FPÖ, die in Verteilungsfragen stets auf der Seite der Reichen steht.

Tina Rosenberger, Vorsitzende der SJ Liesing und Mitglied des Bezirksvorstandes der Freiheitskämpfer/innen Liesing. ■



Michael Bonvalot:  
**Die FPÖ - Partei der Reichen**,  
mandelbaum Verlag, Wien, 2017,  
ISBN: 9-783-85476-672-8,  
232 Seiten, € 14,00

# Es gibt keinen Abschied

Im Jahr 1953 unter dem Pseudonym „Margarete Rainer“ erstmals auf Deutsch erschienen, ist der Roman ein Zeugnis von Gerda Leners schriftstellerischem Schaffen, das sie zugunsten der wissenschaftlichen Karriere aufgab. Ein Beitrag von Christoph Schribl.

In ihrem Roman von 1953 beschreibt Gerda Lerner das Leben in Wien von 1934 beginnend mit den Februarkämpfen auf den Straßen Wiens bis 1938. Dabei teilt die Autorin ihre eigenen autobiographischen Erfahrungen, die sie während der Februarkämpfe gemacht hat, mit dem Leser. Gerda Lerner ist renommierte Historikerin und Pionierin der Frauenbewegung, ihre schriftstellerischen Ambitionen gab sie zugunsten ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit auf.

Gerda Lerner wurde 1920 in Wien als Tochter von Robert und Ilona Kronstein geboren und wurde durch die Erfahrungen der Februarkämpfe von 1934 politisch geprägt. Die Autorin wurde Ohrenzeugin der Kampfhandlungen in Wien und entwickelte durch das Belügen der Öffentlichkeit durch die Regierungsnachrichten im Radio ihr politisches Bewusstsein. Sie begann Untergrundzeitungen zu lesen und zu verteilen und trat der Roten Hilfe bei, in deren Rahmen Geld für den Unterhalt von Familien von

Opfern der Februarkämpfe gesammelt wurde.

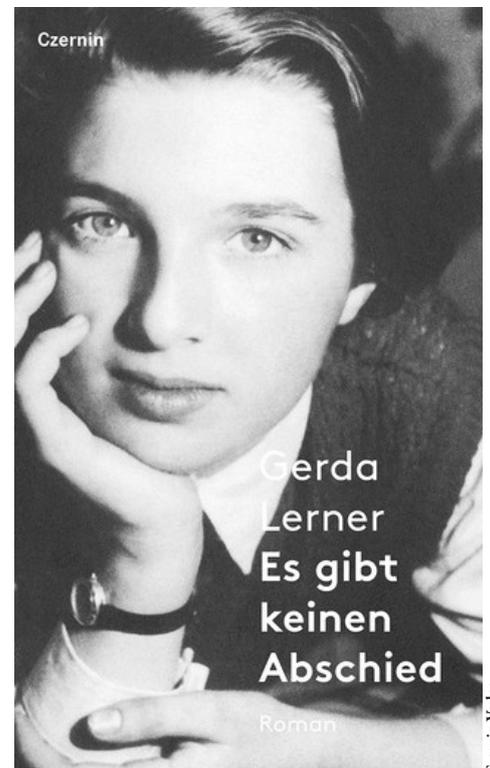
Gerda Lerner arbeitet in ihrem Roman ihre persönlichen familiären Verhältnisse und Erlebnisse anhand des Charakters „Leni“ mit ein. Leni ist eine junge Frau im Alter von 18 Jahren, die aus gut betuchtem Hause stammt und sich über die Welt und ihre Probleme nicht allzu sehr den Kopf zerbricht. Erst als ihr Kindesfreund Gustl im Zuge der Februarkämpfe von 1934, an welchen er als Schütze und Sanitäter im Karl-Marx-Hof teilnimmt, festgenommen wird und für ein Jahr ins Gefängnis muss, erwacht Leni aus dem Dornröschenschlaf der bürgerlichen Gleichgültigkeit und begreift, dass das Leben wie sie es lebt einer Fiktion der Wenigen entspricht.

„Es gibt keinen Abschied“ beschreibt zu welcher unterschiedlichen Entscheidungen Menschen gelangen, wenn sie vor scheinbare alternativlose Situationen gestellt werden. So verstößt der, durch die Aus-

schaltung des Parlaments, ehemalige sozialdemokratische Nationalrat Dr. Bergschmidt seinen Sohn Gustl und wendet sich, einem NSDAP-Anwalt zu, da er keine Anbindung mehr an den sozialdemokratischen Widerstand findet, der sich im Ausland formiert. Der 15-jährige Franz Gruber, dessen Vater bei den Kämpfen sein Leben verlor, der sich den Heimwehren anschließt, damit seine Familie Verpflegung und finanzielle Unterstützung erhält.

Gerda Lerner zieht den Leser in ihrem Roman „Es gibt keinen Abschied“ in das Wien von 1934 hinein und lässt einen die Gefühlswelt und die Zerrissenheit der Protagonisten miterleben. Der Leser wird Zeuge wie familiäre Bande reißen und sich neue Verbunde finden. Gerda Lerner schafft mit dem vorliegenden Roman eine

literarische Ergänzung zur eigenen politischen Autobiografie „Feuerkraut“.



Gerda Lerner:  
**Es gibt keinen Abschied**,  
aus dem Englischen von Elisabeth Rosenstrauch-Königsberg,  
Czernin Verlag, Wien, 2017,  
ISBN: 978-3-7076-0610-2,  
352 Seiten, € 24,90



# Demokratie, Diktatur und die Sozialdemokratie

Das Demokratieverständnis der Sozialdemokraten in der Ersten Republik. Ein Beitrag von Hanno Rebhan.

Bereits 1868 wurde im „Manifest an das arbeitende Volk in Österreich“ – noch vor der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – auf dem V. Arbeitertag gefordert, dass ein demokratischer Staat auf der Basis des allgemeinen, direkten Wahlrechtes sowie der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit wie auch der Redefreiheit und der Freiheit der Schrift etabliert werden müsse. Sobald das gesamte Volk in den legislativen Körperschaften sitze, könne der Arbeiter die Produktion selbst übernehmen und sich vom „Kapital“ emanzipieren.

Dieses Konzept der Etablierung der politischen Demokratie, um zur sozialen Demokratie und letztendlich auch zur Klassenlosigkeit der Gesellschaft zu kommen, in welcher die proletarische Klasse nicht mehr von der bourgeois, kapitalistischen Klasse ökonomisch abhängig sei, wurde in der Folge auch in das Haifelder Programm von 1888/89 aufgenommen. Die politische Revolution sei notwendig für die soziale Besserstellung des gesamten Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse. Zuerst müsse also die „politische Demokratie“ etabliert werden, damit schließlich die Arbeiter die „soziale Demokratie“ bzw. den Sozialismus entwickeln könnten.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei musste sich 1918 – wie die anderen politischen Parteien – mit Ausrufung der demokratischen Republik in einem neuen politischen System zurechtfinden. Zwar setzten sich die Sozialdemokraten bereits Ende Oktober für die Etablierung der demokratischen Republik im neu gegründeten Staat Deutschösterreich ein, doch existierte insbesondere 1919 die Debatte, ob eine „Diktatur des Proletariats“ oder eine „Rätediktatur“ die geeignetere Regierungsform wäre, um das wichtigste Ziel, den Sozialismus, zu erreichen, welcher für



Wahlplakat von 1920.

die Sozialdemokraten per se demokratisch sei, da jegliche Klassengesellschaft und damit verbundene ökonomische Ungleichheiten neben den politischen nicht mehr existierten.

Die ideologische Führungspersönlichkeit Otto Bauer ging davon aus, dass eine Diktatur des Proletariats nur dort möglich sei, wo eine Mehrheit des Proletariats existiere, wie z.B. in Wien. Eine Herrschaft des Proletariats gemeinsam mit den Bauern in einer Rätediktatur sei in Deutschösterreich ebenfalls nicht möglich, da das Bauerntum zu wenig revolutionär sei. Außerdem würde eine Diktatur die Neuentfaltung des Krieges bedeuten, da diese Regierungsform zwangsläufig ein Bündnis mit Sowjetrußland nach sich ziehe. Die demokratische Republik war für Bauer die bessere Möglichkeit, den Sozialismus zu verwirklichen, wobei dieser mithilfe der politischen Demokratie nur im Deutschen Reich etabliert werden könne, da dort das Proletariat die Mehrheit in der Bevölkerung ausmache. Der Unterschied zwischen einer

demokratischen Republik, zu einer Diktatur des Proletariats oder einer Rätediktatur liegt laut Renner in der Tatsache, dass die Machtergreifung auf nicht demokratischer Grundlage erfolge.

Dagegen beabsichtigte die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit mittels Wahlen zu gewinnen. Wenn das Proletariat herrsche, existiere die „proletarische Demokratie“, in der jene Maßnahmen und Reformen ergriffen würden, die notwendig seien, um die soziale Demokratie bzw. den Sozialismus zu erreichen. Doch beinhaltete das Linzer Programm von 1926 auch die Vorstellung, dass eine Gegenrevolution der Bourgeoisie – nachdem das Proletariat mit demokratischen Mitteln die Macht erreicht hatte – nur mittels Bürgerkrieg bekämpft werden könne. Der Widerstand der Bourgeoisie gegen die gesellschaftlichen Umwälzungen, welche eine proletarische Herrschaft herbeiführen werde, könne nur mit den Mitteln der Diktatur gebrochen werden.

Es ist somit deutlich zu er-

kennen, dass die Sozialdemokratie zwar die politische/proletarische Demokratie als Kampfboden bevorzugte, um den Sozialismus zu erreichen, doch müsse dies in einer Diktatur des Proletariats erledigt werden, sofern die Bourgeoisie sich in einer proletarischen Demokratie gegen die Reformen wehren sollte. Eine vollständige Distanzierung von der Diktatur war in der Sozialdemokratie nicht zu erkennen. Auf der anderen Seite zeigte sich aber auch mit dem Aufstieg der faschistischen Heimwehren und der deutlicher werdenden politischen Polarisierung ein verstärktes Engagement der Sozialdemokraten zur Erhaltung der vorhandenen demokratischen Ordnung, welche letztendlich von der Regierung Dollfuß 1933/34 gesprengt wurde. ■

*Hanno Rebhan, diplomierter Historiker und Politikwissenschaftler, schreibt gerade an seiner Dissertation zum Thema „Die Demokratieverständnisse der politischen Parteien in der Ersten Republik 1918–1933“ am Institut für Zeitgeschichte Wien.*



# Die österreichische Diktatur – Ein faschistisches Gewaltregime?

Prof. MMag. DDr. Werner Anzenberger, Jurist und Historiker, ist Vorsitzender des Landesverbandes Steiermark unseres Bundes. Der Erstabdruck dieses Beitrages erfolgte in der Fachzeitschrift HISTORICUM N. F. III–IV (2017), Seite 42–51. Wir danken dem Autor sehr herzlich für die Abdruckgenehmigung und freuen uns, den Artikel an dieser Stelle ungekürzt abdrucken zu dürfen.



Trabrennplatzrede am 11. September 1933.

Die historische, staatswissenschaftliche und ideologische Einordnung des Herrschaftssystems 1933 bis 1938 bereitet nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten. Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime scheint sich allen herkömmlichen Kategorien mehr oder weniger zu entziehen. Wohl unbestritten ist, dass die Regierungsform in Österreich nach dem Verfassungsbruch 1933/34 „demokratischen Prinzipien widersprach“. Auf diese Formel als kleinsten gemeinsamen Nenner einigte sich das offizielle Österreich – Sozialdemokraten, Christdemokraten, Grüne und schlussendlich auch Freiheitliche – im Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011. Die Hauptfrage, inwieweit die Bezeichnung „faschistisch“ – wie sie der überwiegende Teil der wissenschaftlichen Autorinnen und Autoren zu diesem Thema und immer öfter und unbefangener auch die Medien verwenden – für dieses System angebracht ist, bleibt bislang offen und heiß umfehdet. Dieser Beitrag will sich mit der Berechtigung des Begriffs „Austrofaschismus“ ebenso auseinandersetzen wie mit der Frage, welche Intensität diktatorischen Handelns das System entfal-

tete und welches Ausmaß der staatliche Terror in Österreich zwischen der Ausschaltung der Demokratie und dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich angenommen hat.

## Der Faschismus

Der ursprüngliche Plan des Regimes, mit der Verfassung am 1. Mai 1934 einen „Ständestaat“ einzurichten, der eine eingeschränkte (Pseudo)Mitbestimmung des Volkes ermöglicht hätte, ist in der Theorie und Praxis klar gescheitert. Das Herrschaftssystem 1933 bis 1938 war in seinen Merkmalen eine völlig durchgebildete Diktatur, wie zuletzt Emmerich Tálos und Helmut Wohnout detailliert dargelegt haben. So beschreibt Wohnout das Regierungssystem in seinen wesentlichsten Charakteristiken und lässt dabei keinen Zweifel, dass es sich um ein „zutiefst autoritäres System“ handelte, das dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eine „überragende Stellung sowohl innerhalb der staatlichen Verwaltung als auch gegenüber den Gesetzgebern und Körperschaften einräumte.“ Das sogenannte Ermächtigungsgesetz eröffnete dem Regime den Weg, auch

weiterhin ohne Mitwirkung der neu geschaffenen legislativen Körperschaften Gesetze zu beschließen.

Das Wesen des Regimes verortet Wohnout zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Die treffendste Bezeichnung des Herrschaftssystems 1933 bis 1938 sei „Regierungsdiktatur“ oder noch besser: „Kanzlerdiktatur“. Dabei wird berücksichtigt, dass in der Realverfassung der Bundespräsident keine politische Rolle gespielt und sich der Herrschaftsanspruch auf den Kanzler konzentriert hat. Letztere Bezeichnung hat auch der damalige Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Reinhold Mitterlehner, anlässlich der 70-Jahre-Feier der Partei übernommen. Die Zuordnung ist durchaus stimmig, wenn auch eine „Kanzlerdiktatur“ den „Austrofaschismus“ nicht notwendig ausschließt. Denn schlussendlich war auch das nationalsozialistische Deutschland eine „Kanzlerdiktatur“ mit dem „Führer-Kanzler“ Hitler an der Spitze, wobei am faschistischen Charakter dieses Staates wohl kein Zweifel sein kann.

Im Übrigen wird in der gesamten neueren Literatur zum Thema die Qualifikation des Herrschaftssystems als „Diktatur“ nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. Dennoch scheint die kritiklose Übernahme der euphemistischen und völlig irigen Selbstbezeichnung des Regimes als „Ständestaat“ in Medien und wissenschaftlichen Beiträgen unbeseitigbar.

## Autoritarismus und Totalitarismus

Nicht jedes – rechtsgerichtete – Regime, schon gar nicht jede Geistesströmung, die antidemokratisch, antipluralistisch, antiliberal, antirechtsstaatlich und antisozialistisch ausgerichtet ist,

erfüllt die Kriterien des Faschismus. Andererseits greift Stanley Payne, der im Ergebnis seiner umfangreichen Analyse des Faschismus als „europäischer Bewegung“ nur den Nationalsozialismus und Italien unter Mussolini eindeutig als „faschistisch“ identifiziert, schlussendlich zu kurz. Um dies näher zu erläutern, ist vorab die Frage zu stellen, ob sich Faschismus in beiden Haupttypen der Diktatur – nämlich der totalitären und der autoritären – verwirklichen kann.

Als diktatorische Herrschaftsform strebt der Totalitarismus im Gegensatz zum autoritären System danach, in alle sozialen Verhältnisse hinein zu wirken. Totalitäre Diktatur fordert von den Beherrschten eine äußerst aktive Beteiligung am Staatsleben sowie ein „Formenlassen“ im Sinne der Schaffung eines „neuen Menschen“ und der vorgegebenen Ideologie. Im Gegensatz dazu beschränkt sich der Autoritarismus, den von ihm vorgegebenen Status quo aufrechtzuerhalten. Ideologie und die Entwicklung zu einem „neuen Menschen“ sind Programm, treten aber eher in den Hintergrund.

Payne scheint die Auffassung zu vertreten, dass nur totalitäre Diktaturen den (staatlichen) Rahmen für einen vollwertigen Faschismus bilden können. Helmut Konrad schließt sich dem an. In seiner Analyse gelangt er zum Schluss, dass Faschismus eine totalitäre Diktatur voraussetze. So wenig man von einem „Austrototalitarismus“ sprechen kann, so wenig könne man von einem „Austrofaschismus“ sprechen. Sicher wäre das Dollfuß/Schuschnigg-Regime gerne faschistisch gewesen, die Mittel reichten aber nur zu einem Imitationsfaschismus. Die korrekte Bezeichnung für das Herrschaftssystem 1933 bis 1938 müsse daher lauten: Die Regierungsform war eine



antimoderne, imitationsfaschistische Diktatur.

Dieser Definition ist viel abzugewinnen, zumal völlig außer Streit steht, dass die österreichische Diktatur von ihrer konkreten Ausprägung klar eine autoritäre, keine totalitäre war, wenn es auch totalitäre Einsprengelungen gab.

Als ein Beispiel für die – zeitweise – Neigung der österreichischen Diktatur zum Totalitarismus können die Trauerfeierlichkeiten für Dollfuß nach dessen Tod beim Jupitersch der Nationalsozialisten

terdrücken, sondern fordert unbedingte Loyalität ein und übt Druck auf die Menschen aus, sich aktiv an der Gestaltung der Diktatur zu beteiligen.

Dass auch der Autoritarismus in der Lage ist, faschistische Strukturen aufzubauen, zeigt das italienische Herrschaftssystem unter Mussolini. Ob dieses nun tatsächlich totalitär oder autoritär war, ist vielfach umstritten. Gerade die Anfänge waren sicherlich nicht totalitär ausgeprägt. Ist nun Italien – wenn man der Eingrenzung des Faschismus auf Totalitarismen folgen wollte – als Prototyp des Faschismus

1933 bis 1938 nicht nur mit einzelnen Dimensionen, sondern insgesamt zu bestimmen. Tut man dies, gelangt man wie Günther Rieger zum Schluss, dass sich Faschismus auch in autoritären Systemen verwirklichen kann.

## Elemente

Eine allgemein gültige Definition von „Faschismus“ ist schwierig zu treffen. Weder sagt der Begriff an sich etwas über sein Wesen aus, noch haben die meisten europäischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit, die allgemein als faschistisch bezeichnet werden, dieses Wort als Selbstbezeichnung verwendet. Will man Faschismus eng auslegen, gelangt man wie Bernd Martin zum Schluss, dass Faschismus als übergeordneter Gattungsbegriff nur die Herrschaftssysteme in Deutschland, Italien und – außereuropäisch – Japan umfasst. Dieser Ansatz greift freilich zu kurz. Vielmehr wird man unter „faschistisch“ rechtsgerichtete, nationalistische und nach dem Führerprinzip organisierte antiliberale Bewegungen und Herrschaftssysteme zu verstehen haben, die sich auf den Anspruch einer mehr oder weniger geschlossenen Volksgemeinschaft und Ideologie stützen. Zeitweise wird auch die Realisierung rechtskonservativer Ideen im Rahmen einer – von einer politischen Einheitspartei gelenkten – Massenbewegung als Grundelement des Faschismus genannt. Doch hat Roger Griffin zu Recht darauf hingewiesen, dass das Element der Massenbasis im Sinne einer Gesamtbetrachtung in seiner Bedeutung für den Faschismus zurücktreten kann.

Eine aggressiv-revisionistische Außenpolitik, wie sie Dieter Binder bei der Bewertung des österreichischen Herrschaftssystems 1933 bis 1938 anspricht, ist nicht Grundvoraussetzung für den Faschismus. Zwar hat Binder völlig recht, wenn er anmerkt, dass sich die Außenpolitik der österreichischen Diktatur im Hinblick auf die von den Alliierten im Staatsvertrag von St. Germain gezogenen Grenzen in keiner Weise – etwa im Hinblick auf Südtirol – revisionistisch gestaltete, doch möge man das Können

nicht mit dem Wollen gleichsetzen. Es ist festzuhalten, dass Faschismus nicht immer die Revision der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg im Auge haben musste, wenn man etwa an Spanien denkt.

Die Grundausstattung der rechten Diktatur als Gegensatz zu demokratischen, pluralistischen und liberalen Werten, – wie oben dargestellt – erfüllt das österreichische Herrschaftssystem 1933 bis 1938 gänzlich. Was näher zu beleuchten sein wird, sind sein Anspruch einer „Volksgemeinschaft“, seine Ideologie und seine (Massen) Basis.

## Das Konstrukt der Volksgemeinschaft

Geht man vom „originalfaschistischen“ System Mussolinis aus, fällt auf, dass dieses unter anderem darauf zielt, die bäuerliche und kleingewerbliche Lebensform zu verherrlichen, einen eng gefassten Nationalismus zu entfachen, Demokratie, Sozialismus und Liberalismus zu bekämpfen und den Hass der Massen auf Minderheiten – Juden, Kommunisten, Intellektuelle etc. – zu lenken. Es verwirklicht sich in einem Herrschaftssystem, das die Vorrechte der Besitzer beschützt, die Opposition unterdrückt und in möglichst allen Lebensbereichen das Führerprinzip durchsetzen will. Im „Vollausbau“ greift Faschismus zur Erreichung seiner Ziele auf Kampf- und Herrschaftsmethoden zurück, die Terror und Propaganda – obwohl keine konstitutiven Elemente – verbinden, um politische Gegner auszuschalten, die Massen zum Gehorsam zu bringen und Kampfbereitschaft zu erwecken.

In der autoritären österreichischen Diktatur waren einzelne Merkmale dieser Definition schwächer ausgeprägt. Das Regime, das in seiner Paradoxie sowohl als Schrittmacher als auch als Alternative des Nationalsozialismus wirkte, lavierte zwischen eigenen autoritär-faschistischen Versatzstücken und totalitär-nationalsozialistischen Impulsen.

Dazu kommt, dass faschistisches Gedankengut in den



Kundgebung der Vaterländischen Front auf der Schmelz 1936.

im Juli 1934 dienen. Angesichts des starken Widerstandspotenzials gegen den Staatskult für den „Führer-Kanzler“ – wie Lucile Dreidemy darlegt – scheute das Regime nicht vor scharfen Zwangsmaßnahmen zurück, um das Bild einer geschlossenen Trauergemeinschaft zu erzeugen und somit auch den Eindruck einer Massenmobilisierung hinter dem Regime zu erwecken. So forderte die Vaterländische Front alle Hausbesitzer und Parteien auf, ihre Häuser mit Trauerfahnen zu beflaggen und am Abend alle Straßenfenster mit Kerzen zu beleuchten. Auf Anordnung war auf diejenigen, die den Anweisungen nicht folgten – wörtlich – „starker Druck auszuüben“. Hier zeigt sich der teilweise totalitäre Charakter des Regimes, wie ihn Emmerich Tálos in seiner jüngsten Monografie auch aufgezeigt hat. Es begnügt sich nicht, offene Widerstandshandlungen zu un-

tatsächlich gar nicht faschistisch gewesen? Oder Spanien: Konrad bezeichnet das Franco-Regime definitiv – und ganz zu Recht – als faschistisch. Spanien im Franquismus war aber in weiten Teilen kein totalitärer, sondern ein autoritärer Staat.

Auch Emmerich Tálos scheint Zweifel zu haben, ob sich der Faschismus in autoritären Diktaturen vollwertig entwickeln könne. Er weist aber zutreffend darauf hin, dass idealtypisch konstruierte wissenschaftliche Raster der Herrschaftsformen wie das österreichische Regime 1933 bis 1938 eine „merkbare Engführung“ nach sich zöge. Zentrale Aspekte wie der Entstehungszusammenhang, die Träger des Regimes, deren Ziele und Gestaltungsanspruch oder die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen eines Herrschaftssystems blieben ausgeblendet. Vielmehr gehe es darum, das Herrschaftssystem

konservativen Bewegungen und bei den Protagonisten, die schließlich die Diktatur errichtet und getragen haben, in unterschiedlichsten Gewichten vorhanden war. Betrachtet man die Proponenten Heimwehren, Landbund und Christlich-Soziale, die schließlich in der Vaterländischen Front zusammengeführt werden sollten, zeigt sich, dass die Heimwehren in ihrem Anspruch das faschistische Ideal nahezu zur Gänze erfüllten.

Florian Wenninger hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Annahme eines gewissermaßen urwüchsigen deutschnationalen Lagers einerseits, das schlussendlich zum Nationalsozialismus

tischen Lagern Adam Wandruszka, von denen die Christlichsozialen ebenso wie die Deutschnationalen voneinander abgegrenzt die Sozialdemokraten bekämpft hätten, verwirft auch Janek Wasserman: „This emphasis on difference over similarity, particularly between Christian Social and German nationalist camps, stems primarily from a post-1945 tendency to exculpate non-Nazi conservatives and German nationalists of their pre-1938 misdeeds.“ Die Verantwortung für die Vorbereitung der beiden Diktaturen 1938 bis 1945, somit insbesondere auch der nationalsozialistischen, tragen demnach vor allem konservative Intellektuelle im Wien

hätten.“ Antisemitische Übergriffe allerdings hielten sich in engen Grenzen, auch wenn die österreichischen Wurzeln des völkischen Rassismus, der im Nationalsozialismus zum Wahn ausgeartet ist, nicht unterschätzt werden dürfen.

So hat das jüdische Museum unlängst in seiner Ausstellung Die Universität. Eine Kampfzone die Drangsalierungen der jüdischen Studenten und Lehrenden durch eine „Koalition aus deutschnationalen und christlich-sozialen Antisemiten“ an der Universität Wien aufgezeigt. Antijüdische Strategien wurden aus der Monarchie übernommen und vor und nach Errichtung der Diktatur intensiviert und radikalisiert. Dollfuß war daran als Studentenvertreter und CV-Funktionär prominent beteiligt. 1920 wörtlich: „Hier hilft kein Herumdoktern, weg mit allen fremden Juden aus dem Osten, Beschränkung aller Lehrer, die diesen den Weg vorbereitet haben, der sogenannten bodenständigen Juden, auf die ihnen nach dem Friedensvertrag zustehenden Rechte, auf die ihnen nach ihren Köpfen gebührende Zahl!“

Diese Abgrenzung ist als wichtiges Element der „sozialen Volksgemeinschaft“, zu begreifen, das eine wesentliche Basis für (faschistische) Rechtsdiktaturen darstellt. Ziel dieses Ideals, das in der rechtskonservativen politischen Ideenwelt seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt worden ist, ist eine weitgehend konfliktfreie harmonische Gesellschaft, die Klassenschranken und insbesondere den – sozialistischen Bewegungen zugeordneten – Klassenkampf hinter sich gelassen hat. „Soziale Volksgemeinschaft“ wird definiert als patriarchalische, führerorientierte Ordnung, ohne Opposition, ohne unabhängige Arbeitnehmerorganisationen und anderen Interessenvertretungen, die gesellschaftliche Fragmentierungen der Moderne zum Ausdruck bringen hätten können. Die öffentliche Meinung als unabhängiger politischer Faktor wird ausgeschlossen, vielmehr für das eigene Ziel instrumentalisiert.

Den Anspruch einer solchen

geschlossenen Gesellschaft als Kernelement des Faschismus hat die österreichische Diktatur – Dollfuß sprach von einem „Bauernhaus“ – nicht nur erhoben, sondern in vielen Aspekten erfüllt. Optisch brachte dies das mit Kruckenkreuzfahnen verhüllte und mit Dollfuß-Plakat verzierte Republikdenkmal zum Ausdruck.

## Ideologie, Führerkult und Massenbasis

Will man Ideologie als eine Weltanschauung definieren, die einen hohen Anspruch auf Wahrheit erhebt und für Kritik und abweichende Anschauungen nicht offen ist, hat die österreichische Diktatur eine solche in doch bemerkenswertem Umfang entwickelt. Die Ideologie nahm starken Bezug auf die katholische Soziallehre, insbesondere auf die Enzykliken der Päpste Leo XIII. und Pius XI., und wollte den politischen Katholizismus schon während der demokratischen Ersten Republik zur Vollendung führen. Vielfach wurde in Verbindung mit der (teilweisen) Erfüllung übriger hier diskutierter Voraussetzungen der Begriff „Klerikal-Faschismus“ verwendet. Sehr deutliche Anklänge gab es auch an andere stark religionsbezogene (faschistische) Systeme wie den Estado Novo in Portugal und den Franquismus in Spanien.

Ein weiteres Kernelement der Ideologie in der österreichischen Diktatur war das erklärte Ziel, die Errungenschaften der Aufklärung und der Moderne zu egalisieren. Vor allem den Entwicklungen seit der Französischen Revolution, insbesondere der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789, wollte man entschieden mit Programmen entgegentreten, die teilweise im Mittelalter wurzelten. Als „wissenschaftlicher“ Unterbau diente unter anderem die – Stände und Zünfte betonende – Ideenwelt von Othmar Spann. Es lohnt sich immer wieder, in diesem Zusammenhang Engelbert Dollfuß' Trabrennplatzrede vom 11. September 1933 ins Gedächtnis zu rufen, mit der der Kanzler auf seinem Weg zur Diktatur – als „Führer in höchster Not“ – antrat, das Haus Österreich neu



Außenansicht des Dollfuß-Museums in Texingtal.

abdriftete, und die Interpretation der Heimwehren als eigenständiger politischer Faktor, der auf eigene Faust die Faschisierung des Staates vorangetrieben hat, schlichtweg nicht der historischen Realität entspreche. Eine solche Vorstellung sei vielmehr ein Konstrukt der Zweiten Republik, in der einzelne politische Kräfte das Dollfuß/Schuschnigg-Regime zu einem Abwehrprojekt gegen den Nationalsozialismus verherrlichen wollten. Ziel dieser Verschleierung sei die Kreation des Faschisten als „prototypischen Alien“, mit dem die christlich-soziale Bewegung nichts zu tun habe. Eine solche „Externalisierung von Bewegungen“ sei abzulehnen, vielmehr wurzelten die Faschisten in Österreich tief in einem gemeinsamen, wenn auch zerklüfteten bürgerlichen Milieu.

Das Modell von den drei poli-

der Zwischenkriegszeit: „Their debates in favor of authoritarianism, fascism, and anti-Semitism paved the way for Hitler - an inconvenient truth that was lost when conservatives themselves became victims.“

Was die volksdefinierende Abgrenzung von Minderheiten und insbesondere das Tatbestandselement „Rassismus“, also vor allem das Verhalten gegen die Juden betrifft, gab sich die österreichische Diktatur keinesfalls zurückhaltend. So tadelte die gleichgeschaltete „Christliche Arbeiter-Zeitung“ die Deutschen als „Maulantisemiten“ und Versager und hielt fest: „Wir machen die obige Feststellung besonders gegenüber den österreichischen Nationalsozialisten, die trotz der bitteren Erfahrung ihrer deutschen Brüder noch immer tun, als ob sie den Antisemitismus gepachtet



aufzuführen: „Ständischer Neubau ist die Aufgabe, die uns [...] gestellt ist. Der Berufsstand ist die Ablehnung klassenmäßiger Zusammenfassung des Volkes. Berufsauffassung besagt die gemeinsame Arbeit, die Menschen einigt.“ „[...] Und so stehe ich vor euch mit der Bitte [...] seid euch dessen bewusst, dass wir die Aufgabe haben, die Fehler der letzten 150 Jahre unserer Geistesgeschichte gutzumachen und auf neuen Wegen unserer Heimat ein neues Haus zu bauen, und dass jeder einzelne die Pflicht hat, an diesem Neubau mitzuarbeiten.“

Der programmatische Anspruch der Verfassung von 1920, durch die anzustrebende Gleichheit aller Bürger einen umfassenden Emanzipationsprozess der Gesellschaft einzuleiten, habe in eine Sackgasse geführt. Österreich sei daher nach dem Modell des Bauernhauses – nach feudalen, vorrevolutionären Hierarchien – zu gestalten, wo den Menschen von Stand und Herkunft ein fester Platz zugewiesen wird. Der alte Herr-Knecht-Topos dient als Transmissionsriemen, um das Rad der Geschichte 150 Jahre zurückzudrehen: „Der Mensch will im Betriebe nicht nur eine Nummer sein, sondern will auch als Mensch gewertet und behandelt werden“, sagte Dollfuß und meinte damit, dass die formale Gleichheit im Hause Österreich mit Identitätsverlust verbunden sei. Nur das alte Synallagma zwischen der Fürsorge des Herrn und der Treue des Dieners könnte die Probleme dieses – ideologisch verunsicherten – Jahrhunderts lösen: „Ständische Auffassung berechtigt und verpflichtet den Herrn ebenso wie den Knecht. Wir werden daher wieder zurückgreifen müssen auf ältere Formen, aber nicht nur formalistisch, sondern es muss uns zum Bewusstsein kommen, dass die Arbeit die Menschen einigt. Im Bauernhaus, wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch aus gleicher Schüssel seine Suppe isst, da ist berufsständische Zusammengehörigkeit, berufsständische Auffassung.“

Der „neue“ – „antimoderne“ – geistige Hegemonieanspruch

werde endgültig dann verwirklicht sein, wenn „sie beide“ ‚Herr und Knecht‘ „noch nach Feierabend zum Rosenkranz sich niederknien“ und damit „ihr Verhältnis noch verschönern“ und ihr „Zusammengehörigkeitsgefühl“ in Eintracht und Rechtgläubigkeit demonstrieren.

Zu dieser mit klaren Linien ausgeführten Konstruktion einer „sozialen Volksgemeinschaft“, in der unter den autoritären Vorgaben des „Führer-Kanzlers“ sich eine enggliedrige Hierarchie und Geschlossenheit gestaltet, wurde ein neues Österreichbild entworfen, das deutsch, ja deutschnational geprägt sein sollte, nämlich in dem Sinne, dass dem nationalsozialistischen Deutschland ein zweites – wahres – Deutschland entgegengesetzt wird. Dies führte zu einem paradoxen, das Deutschtum betonenden Österreich-Obskurantismus, der von einer – von Verfassungspatriotismus und republikanischem Nationsverständnis im Sinne gemeinsamer Werte wie Demokratie und Grundrechte geprägten – Willens- und Geschichtsnation der fortgeschrittenen Zweiten Republik weit entfernt lag. Schließlich prägte die Ideologie der österreichischen Diktatur ein Totenkult, der trotz der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Kurt Schuschnigg den im Juli-Putsch 1934 ums Leben gekommenen Dollfuß imaginär an die Spitze dieses „idealen“ österreichischen Staates setzen sollte – „ein Toter führt uns an“. Dies in erster Linie zu dem Zweck, die immer wieder auftretenden Schwächen des Staates – und der angestrebten „sozialen Volksgemeinschaft“ zu überdecken.

Wie stark das Führerprinzip ausgestaltet war, hat Lucile Dreidemy dargelegt. Bereits mit der Ausschaltung des Nationalrats im März 1933 kam es zu einer unverwechselbaren Konzentration des Führerbegriffs auf die Person Dollfuß als den Führer, wie etwa an der Wortwahl der christlich-sozialen Partei in einer unmittelbar nach der Ausschaltung des Parlamentarismus veröffentlichten Propagandabroschüre bereits deutlich ersichtlich wird: „Unter

deiner Führung wird ein neues wohlgeordnetes, selbständiges, katholisches Österreich entstehen! [...] Heil unserem Dollfuß, dem Führer!“ Das „Führertum“ im österreichischen Kontext der frühen 1930er Jahre stellte eine allgemein politisch-kulturelle Leitkategorie dar, die fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens mit „Führern“ ausstattete. Es gelang aber, das Führerprinzip – wie auch in Italien und im nationalsozialistischen Deutschland – als wesentliches faschistisches Element staatsrechtlich mit der Verfassung vom 1. Mai 1934 zu verankern. Daraus entstand – auch durch die Inaktivität des Bundespräsidenten – eine „nahezu uneingeschränkte Dominanz“ des

Heilslehre“ war wohl zu wenig auf Veränderung, zu wenig revolutionär ausgerichtet, um die Masse der Bevölkerung zu begeistern und im Sinne einer flächendeckenden Bewegung auf den neuen Kurs einzuschwören. Die Massenbasis blieb damit gegenüber dem italienischen Vorbild zurück. Die Diktatur reagierte, indem sie versuchte, in Anlehnung an Italien – zutreffend auch die Bezeichnung „Imitationsfaschismus“ oder „Vertikalfaschismus“ – ein faschistisches System von oben zu etablieren.

## Wertung

Wenn man im Lichte dieser Aspekte eine Gesamtbetrach-



Das „Freiwillige Schutzkorps“ (FS) von Kurt Schuschnigg.

„Kanzlerdiktatoren“ Dollfuß auf rechtlicher und realpolitischer Ebene.

Nach Dollfuß' Tod wandelte sich das diktatorische Herrschaftsmuster zu einem dualistischen Führerprinzip, indem Kurt Schuschnigg Führer der Regierung und Ernst Rüdiger Starhemberg Führer der Vaterländischen Front wurden. Nach Zurückdrängen der Heimwehr, die den Ausbau ihrer Machtposition vorangetrieben hatte, konzentrierte sich der Personenkult nicht etwa auf den tatsächlichen Führer Schuschnigg, sondern blieb der einzige offizielle Staatskult dem „toten Führer“ Dollfuß vorbehalten. Bis zum Ende der österreichischen Diktatur unterstrich den Führerkult ein Totenkult.

War also einerseits die Ideologie mit ihrem Führerkult geeignet, die Kriterien des Faschismus zu erfüllen, gelang es nicht, ihr eine Massenbasis zu verschaffen. Die neue „Retro-

tion“ anstellt, wird man zu dem – nicht überraschenden, weil vielfach getroffenen – Schluss gelangen, dass das Herrschaftssystem 1933 bis 1938 zumindest teilfaschistisch war. Es stellt sich somit die Frage, wie viel Faschismus der österreichischen Diktatur konkret zukam. In Anlehnung an Otto Bauer sprechen Gerhard Botz, Ernst Hanisch und Kurt Bauer von „Halbfaschismus“. Will man wie Roger Griffin auf die konkrete Ausgestaltung einer Massenbasis als grundlegendes Element verzichten, war der Anteil des Faschismus im österreichischen System wohl wesentlich höher und wird an einen „Vollfaschismus“ heranreichen. Wolfgang Wippermann setzt das autoritäre System in Österreich den eindeutig als faschistisch identifizierten Diktaturen in Süd-, Ost- und Mitteleuropa vor dem Zweiten Weltkrieg gleich, die er als „Normalfaschismen“ – im Gegensatz zum deutschen „Radikalfaschismus“ – bezeichnet. In jedem Fall ist es aber



gerechtfertigt, selbst unter der Annahme, dass nicht alle Faschismuselemente zur Gänze erfüllt sind, den Begriff „Austrofascismus“ zu verwenden. Er weist treffend auf die Besonderheiten der österreichischen Variante hin.

## Die Gewalt

Eine besondere Intensität der staatlich entwickelten Gewalt, die über jene hinausgeht, die in einem demokratischen und rechtstaatlichen Gemeinwesen vorgesehen ist, ist nicht konstitutives Element des Faschismus. Dennoch soll hier anhand einiger Beispiele der Frage nachgegangen werden, welches Ausmaß der Staatsterror in der

dächtigen – unabhängig von der gerichtlichen Ahndung – zusätzlich hohe Verwaltungsstrafen ausgesprochen.

In den Räumlichkeiten der Wachkörper wurde immer wieder auf körperliche Gewalt zurückgegriffen, so manches „Geständnis“ unter Folter erpresst. Als Beispiele können die wegen eines Sprengstoffdelikts vor das Standgericht gebrachten jungen Sozialdemokraten Josef Gerl und Rudolf Anzböck angeführt werden, die angaben, dass sie gefoltert worden seien, um zu gestehen. Im Fall Gerl bestätigt dies der dem Gerichtsakt beiliegende ärztliche Befund, der erhebliche Blutunterlaufungen im Gesicht, am Rücken, an der

versuche unternahm, an deren Folgen er starb.

Gegen die Folterungen wurden – wie in Diktaturen üblich – keine staatlichen Gegenmaßnahmen ergriffen, solche Polizeimethoden waren durchaus erwünscht. Die Anzahl der bisherigen erforschten und in der Literatur dargestellten Folterungen und ihre Systematik blieben in der Relation gewiss hinter den Polizeistaatsmethoden des Nationalsozialismus zurück. In einzelnen Fällen ist aber kein Unterschied zu den brutalen Misshandlungen in den Gesta-po-Verliesen festzustellen.

Wer in die Mühlen der nicht mehr demokratisch und rechtsstaatlich kontrollierten Autoritäten geriet, lief nicht nur Gefahr, gefoltert und unverhältnismäßig hart bestraft zu werden, er verlor auch postwendend den Arbeitsplatz. Die Arbeitgeber wurden per Bescheid verpflichtet, die Betroffenen unverzüglich aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen.

Willkür und mangelnder Rechtsschutz zeigten sich auch bei der Einweisung in die sogenannten „Anhaltelager“. Vor allem in Fällen, wo die Erfüllung strafrechtlicher Tatbestände nicht nachzuweisen war und nur Verdachtsmomente vorlagen, aber auch zusätzlich bei bereits verhängten Polizei- und Gerichtsstrafen, wurde die Lagerhaft verfügt. Ohne Urteil wurden in diesen Lagern – Wöllersdorf, Kaisersteinbruch u. a. – eine beträchtliche Anzahl von Menschen festgehalten und den Anmaßungen und Drangsalierungen des Aufsichtspersonals ausgeliefert. Die Heimwehr spielte zwar bei der Errichtung der Anhaltelager eine dominierende Rolle, jedoch gelang es ihr nicht – im Unterschied zur SS im Deutschen Reich – die Lager zu ihrem Herrschaftsinstrument auszubauen. Das österreichische Lagersystem blieb fest in den Händen der Administration und der Exekutive als „traditionelle Machttträger“. Dies war wohl mit ein Grund, weshalb die österreichischen Anhaltelager in keiner Weise an die Brutalität der Konzentrationslager im Dritten Reich heranreichten. Dessen ungeachtet hinterließ die Lagerhaft selbstverständlich tiefe Spuren in den

Biographien der Opfer. Sie litten unter dem Freiheitsentzug und unter der Trennung von ihren Angehörigen, die nach Wegfall des in der Regel Alleinverdienstes oft hungerten und delogiert wurden.

Den Gewaltexzess der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung im Februar 1934 hat das Regime zur Gänze zu verantworten. Zum einen war nach dem Verfassungsbruch 1933 ausschließlich der oppositionelle Widerstand – in seinem verzweifelten und aussichtslosen Aufbäumen – legitimiert, zu den Waffen zu greifen, auch wenn das Ziel, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen, nicht explizit formuliert war. Zum anderen hatte das Regime den Aufstand mit der Intention provoziert, die letzten Reste der Demokratie samt der für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rahmens eintretenden Sozialdemokratie endgültig zu beseitigen. Von dieser Gesamteinschätzung unberührt bleibt allerdings die Frage, inwieweit auch einzelne Widerstandskämpfer durch Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgebots – das aufgrund der prinzipiellen Legitimität ihres Handelns großzügiger auszulegen ist als bei Bundesheer und Exekutive, die auf Seite der Diktatur standen – bei der Gewaltausübung individuelle Schuld auf sich geladen haben. Eine Aufrechnung – die im Übrigen an die Aufrechnung der nationalsozialistischen Gräueltaten gegenüber einzelnen unbestreitbaren Kriegsverbrechen der Alliierten erinnert – ist allerdings unzulässig.

Das verwerflichste Element des „Bürgerkriegs“ war wohl die „Blutjustiz“ des Regimes. Noch während der Kampfhandlungen arbeiteten die Standgerichte schnell und „effizient“. 21 Sozialdemokraten wurden im Standrechtsverfahren zum Tod verurteilt, neun tatsächlich hingerichtet. Die Regierung Dollfuß hatte es zwar nicht gewagt, die Todesstrafe nach ihrer Abschaffung am Beginn der Ersten Republik im ordentlichen Verfahren mit Verfassungsänderung durch „Notverordnung“ wieder einzuführen. Doch aktivierte sie das Standrecht, vorgeblich um zunehmenden NS-Gewalttaten ent-



Jung Vaterland, die Jugendorganisation der Vaterländischen Front.

österreichischen Diktatur angenommen hat und inwieweit er jenem in anderen (faschistischen) Regimen vergleichbar ist.

Politisch Andersdenkende oder auch nur Bürgerinnen und Bürger, die dafür gehalten wurden, bekamen die volle Repression des Regimes zu spüren. Die Polizei und die – spätestens nach der Niederschlagung des Aufstandes der Sozialdemokraten gleichgeschalteten – Justizapparate gingen zweigleisig vor. Für ein und dasselbe „Delikt“ konnte man doppelt verurteilt werden, die Strafen waren teilweise drakonisch. In einzelnen Fällen wurde die Todesstrafe verhängt. Da die gerichtlichen Strafen den politisch Verantwortlichen offenbar zur Abschreckung und Ausschaltung der Opposition nicht ausreichend erschienen, wurden in fast jedem Fall einer Festnahme von politisch Ver-

Hüfte und am Gesäß feststellte, die von schweren Misshandlungen herrührten. Johann Nosko und Alexander Kögel, die wegen Beteiligung am Februaraufstand in Wien vor das Standgericht gestellt worden waren, widerriefen die beim Polizeiverhör erwirkten Aussagen. Johann Nosko wies darauf hin, dass er durch Schläge so weit gebracht worden sei, zu allem „Ja“ zu sagen, was ihm vorgelesen wurde. Die Angaben im Polizeiprotokoll – im Übrigen ohne besonderen Eindruck auf das voreingenommene Gericht – revidierte auch Alexander Kögel, „weil er vorher am Polizeikommissariat geschlagen wurde und daher aus Angst vor neuen Schlägen diese Angaben machte.“ Der kommunistische Arbeiter Franz Szydzina aus Wien-Brigittenau, dem man eines Terroranschlags verdächtigte, wurde in der Polizeihaft derartig misshandelt, dass er im Juni 1936 zwei Selbstmord-



gegenzutreten, wohl aber auch mit dem Hintergedanken, einem möglichen (militärischen) Widerstand der demokratischen Opposition gegen die Verfestigung der Diktatur durch Abschreckung zu begegnen. Sowohl dieser Beschluss als auch die Verhängung des Standrechtes im Februar 1934 waren wie jede – nicht nur normsetzende – Handlung der Regierung illegitim und damit rechtswidrig, nicht zuletzt, weil sie sich nach der Ausschaltung des Nationalrates der parlamentarischen Kontrolle, insbesondere einer allfälligen Abberufung durch ein Misstrauensvotum, entzogen hatte.

Die Bezeichnung „Hinrichtung“ für die Exekution der im Zusammenhang mit der Verhängung des Standrechtes während des Aufstandes im Februar 1934 Verurteilten ist im Sinne der vorsätzlichen Tötung durch hoheitlich befugte Personen sicherlich korrekt. In Anbetracht der mangelnden verfassungsrechtlichen Legitimität des Herrschaftssystems und des enormen politischen Druckes, der auf die Standgerichte zur Erwirkung der Todesstrafen ausgeübt wurde, scheint aber auch das Schlagwort „Justizmorde“ nicht unangebracht. In besonderer Weise zeigte sich dies bei der „Justifizierung“ von Josef Stanek und Koloman Wallisch in der Steiermark. Der Grazer Gewerkschafts- und Arbeiterkammersekretär Stanek wurde nach den Kämpfen in Graz hingerichtet, obwohl ihm nicht nachgewiesen werden konnte, eine Waffe überhaupt in die Hand genommen zu haben oder in besonderer Weise in die Organisation des Aufstandes eingebunden gewesen zu sein. Die Tötung Staneks war wohl der unausgesprochenen Vorgabe des Regimes geschuldet, in jedem Gerichtssprengel, in dem es zum Aufstand gekommen war, exemplarisch zumindest einen Aufständischen an den Galgen zu bringen.

Und speziell für Koloman Wallisch, den Abgeordneten zum Nationalrat, der den Aufstand in Bruck an der Mur begleitet und danach in das steirische Randgebirge geflohen war, ließ man das Standrecht bis 19. Februar aufrecht, obwohl die Kampfhandlungen längst beendet waren. Seine Hinrichtung war eine anbefohlene – mit dem



Verhülltes Republikdenkmal 1934.

juristisch schärfsten Vorsatz, nämlich Absichtlichkeit – herbeigeführte rechtswidrige Tötung aus niederen Motiven, die Dollfuß gemeinsam mit dem Justizminister Kurt Schuschnigg zu verantworten hat. Rudolf Neck spricht zu Recht von einem „Mordauftrag von oben“, den die Justiz als „allzu williges Werkzeug“ ausgeführt hat.

### Legistische Gewalt

Der unmittelbare Staatsterror wurde begleitet durch zahlreiche legistische Maßnahmen, die ebenfalls unter dem Begriff Gewalt subsumiert werden können. Die Verschärfung der Strafrechtslage zur Unterdrückung der Opposition wurde bereits angesprochen, daneben sei beispielhaft die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung genannt, die erhebliche – negative – Auswirkungen auf weite Teile der Bevölkerung hatte. Durch die Reduzierung der „Lohnnebenkosten“ auf Druck der Wirtschaft wurden langjährige Forderungen der Unternehmen erfüllt, allerdings zu Lasten der sozialen Sicherheit. Leistungen aus der Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung wurden erheblich gekürzt. Durch die Ausschaltung der demokratischen Gewerkschaften nach dem Aufstand im Februar 1934 hatten die Unternehmer freie Hand, die Kollektivverträge wurden aufgekündigt und zu schlechteren Bedingungen abgeschlossen. Die Verschärfung der „sozialen Schieflage“ führte zu einer weiteren finanziellen Auspowerung der Arbeiterschaft, reduzierte Kaufkraft und Nachfrage und

schadete damit wieder indirekt der Wirtschaft.

Über Austeritätspolitiken während einer Wirtschaftskrise kann man trefflich streiten. Im Rahmen einer Demokratie bei Deckung durch parlamentarische Beschlüsse ist sie zulässig. In der österreichischen Diktatur hingegen hatten die Betroffenen keine Möglichkeit, sich gegen die Änderung der Rechtslage zu ihren Lasten mit ihrem (geänderten) Wahlverhalten oder Streiks und Demonstrationen zu wehren. Aus diesem Grunde sind die Maßnahmen eindeutig diktatorischer Gewalt zuzuordnen.

### Ein Unrechtsstaat?

Ein „Unrechtsstaat“ ist nach gängiger juristischer Definition ein Staat, der sich systematisch über das Recht hinwegsetzt und Bürgerinnen und Bürger staatlichem Unrecht schutzlos preisgibt. Nach dem deutschen Generalstaatsanwalt und Rechtstheoretiker Fritz Bauer fallen in diese Definition nur das nationalsozialistische Deutsche Reich und die stalinistische Sowjetunion, beides totalitäre Systeme.

Wenn man aber den Begriff „Unrechtsstaat“ weiter – nämlich als Gegenteil von Rechtsstaat nach heutigem Verständnis mit seiner Verbürgung von Grundrechten, Garantie der Gewaltenteilung, der Bindung von Verwaltung und Rechtsprechung an Gesetz und Recht und die Unabhängigkeit der Richter – auslegen möchte, wie die Diskussionen vor allem in

Deutschland zeigen, sind davon etwa auch die spanische Diktatur oder die DDR umfasst. Will man das tun, wird auch die österreichische Diktatur unter diesen Begriff fallen.

Ohne die Debatte – die im Übrigen noch tiefere Forschung über das Ausmaß der Repression und die Willkür der Rechtsanwendung bedarf – abschließen zu wollen, kann man die Auffassung vertreten, dass die Qualifikation der Urteile und Bescheide der Diktatur gegen Andersdenkende im Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011 als „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“ stimmig ist und vorerst zureicht.

### Resümee

In der österreichischen Diktatur wurde willkürlich gedemütigt und misshandelt, in Anhaltelager gesperrt, gehenkt und gefoltert. Die angestrebte Wirkung der Gewaltmaßnahmen blieb weitgehend aus, sie trugen vielmehr zu einer noch schärferen Ablehnung des Regimes bei dessen politischen Gegnerinnen und Gegnern bei, destabilisierten das System zusätzlich und schwächten den Abwehrwillen gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland. Das vom Herrschaftssystem 1933 bis 1938 entwickelte und skrupellos realisierte staatliche Gewaltpotenzial war zwar – sieht man von einzelnen Gewaltexzessen ab – nicht mit dem deutschen Faschismus vergleichbar. Es reichte aber – wenn schon nicht quantitativ, so doch von seiner grundsätzlichen Systematik – an den spanischen Faschismus und mehr noch an den italienischen heran. Insgesamt ist es daher durchaus angebracht, die Diktatur als österreichspezifisch-faschistisches Gewaltregime zu bewerten. ■

### Hinweis

Dem Originaltext ist ein umfassender Anmerkungsapparat angeschlossen. Der Autor ist gerne bereit, auf Anfrage (steirischefreiheit@gmail.com) diesen zur Verfügung zu stellen.



# Jännerstreik 1918

**Im Jänner 1918 wurde die Habsburger-Monarchie von einer gewaltigen Streikbewegung erfasst. Inspiriert von der russischen Revolution, wollten die österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter den Krieg mit revolutionären Mitteln beenden. Mit der Erinnerung an diese Ereignisse startet der Sozialdemokratische Kämpfer eine Reihe von Beiträgen für das intensive Gedenkjahr 2018. Ein Beitrag von Claus Michl-Atzmüller.**

**B**ei Ausbruch des Krieges trat Victor Adler für die Annahme der Kriegskredite (Kriegsanleihen) ein, da er Österreich-Ungarn in einem Verteidigungskrieg sah. Der linke Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei kritisierte diese Position als „Burgfriedenspolitik“. Doch brachte der Hungerwinter 1916/17 die Wende. Soziale Härte ließ die Stimmung in der ArbeiterInnenschaft kippen. Kommissionen - wie etwa die Brot- und Mehlkommission - waren von den übergeordneten Behörden angehalten, bei der Ausgabe von Lebensmittelkarten Strenge walten zu lassen. Victor Adler rückte von seiner bisherigen Haltung ab und schloss sich den Forderungen nach Frieden an.

Ab März 1917 kam es immer wieder zu Streiks. Der neu erwachte Radikalismus der industriellen Unterschichten setzte die Regierung unter starken sozialen Druck und zwang sie vermehrt, auf die Sozialdemokratie als Stabilisierungsfaktor und Ordnungsmacht zu setzen. Dieses Faktum wurde ganz besonders während des Jännerstreiks 1918 deutlich - ein revolutionärer Massenstreik, der vor dem Hintergrund der deutschen und österreichischen Verhandlungsführung in Brest Litovsk ausbrach.

Am Samstag des 12. Jänners 1918 wurde am Abend in Wien

9, Währingerstraße das Flugblatt „Arbeitendes Volk“ der Linksradikalen gefunden, Verfasser waren Franz Koritschner und Leo Rothziegel. Die Linksradikalen, die sich im Winter 1915/16 als „Aktionskomitee der Linksradikalen“ gebildet hatten, erlebten mit der russischen Oktoberrevolution einen starken Aufschwung. Die Propagierung des Rätegedankens stand im Mittelpunkt der linksradikalen Aktivitäten. Am 30. Dezember bildeten sie den illegalen Arbeiterrat, an dem sich bald auch Soldaten anschlossen (z.B. Egon Erwin Kisch, Fränkel, Wertheim).

Am 14. Jänner 1918 brach der Jännerstreik in den Daimler-Motorenwerken in Wiener Neustadt aus. Anlass war eine 50-prozentige Kürzung der Mehrlöhne. Wiener Neustadt war geprägt von einer hohen Konzentration der ArbeiterInnenklasse und einer starken Präsenz der Armee. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Streikbewegung in dieser Stadt ihren Ausgang fand.

Der Jännerstreik nahm bereits am nächsten Tag den Charakter eines politischen Massenaufstandes an, der einen raschen Friedensschluss und ein Ende der Militarisierung der Betriebe forderte. Am 16. Jänner 1918 erreichte die Streikwelle auch Wien und weite Teile von Niederösterreich. In Mödling



Kriegsgesellschaft.at

**Am 20. Jänner 1918 befanden sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie 750.000 IndustriearbeiterInnen im Ausstand, um für die Beendigung des Krieges, für Frieden und Brot zu kämpfen.**

demonstrierten die Arbeiterinnen und Arbeiter sämtlicher Fabriken vor der Bezirkshauptmannschaft. Die Linksradikalen verteilten in Wien und Niederösterreich ihr Flugblatt „Das Volk steht auf“.

Die Streikwelle breitete sich weiter aus, so in der Steiermark, aber auch in Krakau, Mährisch-Ostrau, Brünn, Triest und Budapest streikten die Massen. Im Habsburger-Reich waren es rund 750.000 Streikende. Aus den leidenschaftlich geführten Streikversammlungen gingen sogenannte Arbeiterräte hervor. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks hatte der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung formuliert, die vom Arbeiterrat akzeptiert wurden. Ministerpräsident Graf Czernin sagte umfangreiche Reformen zu. In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner wurde das Verhandlungsergebnis des Wiener Arbeiterrates gebilligt und den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen, weil sonst die

Anarchie drohe. Am 24. Jänner 1917 nahmen die letzten noch verbliebenden Streikenden die Arbeit wieder auf. Der Jännerstreik war nach zehntägiger Dauer beendet. Zwei Wochen später erschien das Flugblatt „Verraten und verkauft!“ von dem untergetauchten Linksradikalen Leo Rothziegel.

Viele Linke bedauerten die Rolle der Sozialdemokratie während der Streiktage, da sie sich gegen einen revolutionären Umsturz entschieden hatte. Die Vorgangsweise der Parteispitze rund um Victor Adler wurde aber auch vielfach gelobt, da sie die Streikbewegung unter Kontrolle gebracht hatte, indem die Arbeiterräte in die Parteioorganisation integriert und letztlich ein Streikabbruch erreicht wurden.

Der Umgang mit dem Jännerstreik stärkte die Autorität der Sozialdemokratie und stellte sich zugleich richtungsweisend für den Weg in die Erste Republik heraus. ■

## Webtipp: oesterreich100.at

**A**lt-Bundespräsident Heinz Fischer gab in seiner Funktion als Regierungsbeauftragter für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 einen ersten Ausblick auf die geplanten Veranstaltungen und Feierlichkeiten anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der Republik Österreich. Die Auftaktveranstaltung werde am 11. Jänner im Wiener Rathaus stattfinden, als Höhepunkt im Jubi-

läumsjahr sei ein Staatsakt am 12. November in der Wiener Staatsoper geplant.

Geplant sind zahlreiche Ausstellungen - auch in zwei neuen Museen, im Haus der Geschichte in Niederösterreich und im Haus der Geschichte auf Bundesebene in Wien. Darüber hinaus soll es Symposien, Jugendwettbewerbe, Publikationen, wis-

senschaftliche Arbeiten, Kooperationen mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen geben.

Auf der Website [www.oesterreich100.at](http://www.oesterreich100.at) werden in einer Event- und Publikations-Datenbank Veranstaltungen, Ausstellungen, Medienereignisse und Publikationen aufgelistet. ■

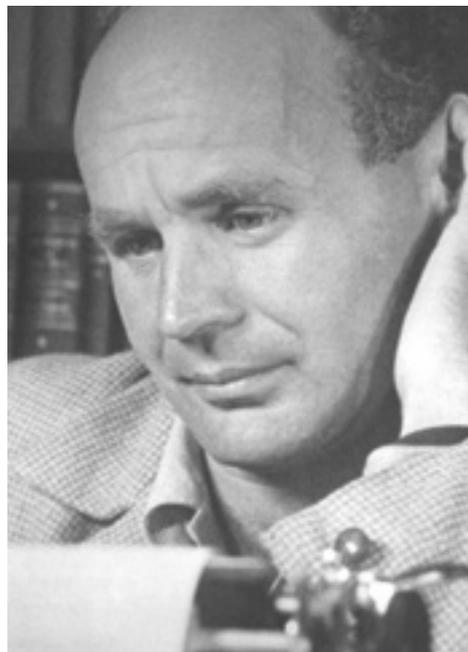


# Buttinger und Gardiner: Flüchtlingshilfe par excellence

**Beobachtet man die heutige Flüchtlingssituation, sollte man nicht vergessen, dass es auch Zeiten gab, als viele ÖsterreicherInnen auf der Flucht waren. Ein Beitrag von Günter Bischof.**

Nach den Februarkämpfen 1934 trieb das Dollfußregime tausende von SozialdemokratInnen auf die Flucht oder in den Untergrund. Der junge Aktivist Joseph Buttinger war bei der Gründung der Revolutionären Sozialisten (RS) mitbeteiligt und wurde im Februar 1935 deren Vorsitzender. Von Dollfuß' Polizeischergen

getrieben, tauchte er unter und lernte die US-amerikanische Medizinstudentin Muriel Gardiner kennen. Gardiner stammte aus einer wohlhabenden Familie in Chicago und hatte die Mittel, Buttinger und RS-Leute im Untergrund in ihrer Wiener Wohnung Unterschlupf zu bieten und zu versorgen.



dasrotewien.at

Joseph Buttinger wurde 1938 in Paris auf Vorschlag von Friedrich Adler zum Obmann der neuen „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ (AVÖS) gewählt.



thefeminist.com

Muriel Gardiner Buttinger betätigte sich in der Flüchtlingshilfe und im politischen Widerstand.

Nach dem „Anschluss“ im März 1938 flüchtete Buttinger nach Paris, wo er zum Chef der Sozialisten im französischen Exil („Auslandsvertretung der Österreichischen Sozialisten“) wurde. Gardiner blieb in Wien und schloss ihr Medizinstudium ab. Gleichzeitig wurde sie in der Flüchtlingshilfe aktiv. Sie beschaffte zahlreichen ÖsterreicherInnen (vor allem SozialdemokratInnen und JüdInnen) die notwendigen Papiere zur Flucht ins Ausland. Unter ihrem Korsett schmuggelte sie gefälschte Reisepässe von Brünn nach Wien. Sie bettelte bei amerikanischen Freunden und Familienmitgliedern für „Affidavits“ – Bestätigungen von amerikanischen Staatsbürgern, dass sie Einwanderer in die USA unterstützen werden und diese nicht der öffentlichen Hand zur Last zu fallen werden. Ohne

solche Affidavits war es nicht möglich vom amerikanischen Konsulat in Wien ein US-Visum zu ergattern. Gardiner unterstützte auch zahlreiche Flüchtlinge finanziell, um ihnen die Reise und den Aufenthalt im Ausland überhaupt möglich zu machen.

Im Sommer 1938 zog Gardiner selbst nach Paris. Dort setzte sie ihre Arbeit für politische Flüchtlinge aus Wien fort. Nach Frankreichs Kriegseintritt wurden solche Flüchtlinge (auch Buttinger) im schrecklichen Lager Meslay interniert und zwar als „feindliche Ausländer.“ Unter den Internierten befanden sich die Antifaschisten Otto Leichter und der „kleine“ Otto Bauer (Gründer des „Bundes religiöser Sozialisten“). Seine Frau holte Buttinger aus dem Lager raus. Gardiner hatte ihn inzwischen geheiratet, um rascher an Einreisepapiere für Buttinger zu kommen, und zwar nach der Intervention von niemand geringerem als dem früheren sozialistischen Premier Leon Blum und im Beisein von Friedrich Adler. Im November 1939 zogen sie nach New York.

In New York setzten die Buttingers ihre intensive Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe fort. Sie veranlassten die Roosevelt-Regierung in Washington auf Frankreich Druck auszuüben, die unmenschlichen Internierungslager zu schließen. Sie besorgten weiterhin Affidavits und Visa für Flüchtlinge aus Europa. Sie unterstützten in New York angekommene Flüchtlinge finanziell, besorgten Unterkünfte und boten Vertriebenen in ihrer eigenen Wohnung Unterschlupf an. Sie hätten auch ein Visum, Reisespesen und \$ 600 Lebenshaltungskosten für ein Jahr für Bruno Kreisky besorgt, der aber vorzog im schwedischen Exil zu bleiben. Rudolf Anzböck und Alfred Stern nahmen die Hilfe der Buttingers an und ka-

men von Schweden nach New York. Der Sozialist und Rechtsanwalt Ernst Lachs saß mit Frau und Kind in Zürich fest. Die Buttingers und Adolf Sturmthal besorgten ihnen Affidavits, um ein Visum zu ergattern.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges kamen die Buttingers nach Europa zurück um Flüchtlingen („Displaced Persons“) über das „International Rescue Committee“ zu helfen. Sie besorgten Tausenden von DPs Papiere, um aus dem kriegszerstörten Europa rauszukommen. Von 1945 bis 1948 schickten sie jeden Monat 100 verschiedenen Familien in Österreich und Deutschland CARE-Pakete. Das waren persönliche „Liebesgaben“ – die notwendigen Lebensmittel, um ein Überleben in schlimmster Not zu erlauben. Zahlreiche Briefe im Buttinger-Nachlass des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien legen Zeugnis von der überschwänglichen Dankbarkeit der so Beglückten ab. „Joe“ Buttinger machte seine Arbeit in der Flüchtlingshilfe zur Karriere. 1954 flog er für das „International Rescue Committee“ nach Saigon um vietnamesischen Flüchtlingen, die nach der Trennung des Landes aus dem Norden in den Süden geflüchtet waren, zu helfen. 1956 kam er zurück nach Wien, um den ungarischen Flüchtlingen zu helfen, von denen 30.000 dann in den USA Zuflucht fanden. ■

*Günter Bischof, gebürtiger Vorarlberger, hat an der Harvard-Universität promoviert und unterrichtet seit 1989 amerikanische und europäische Zeitgeschichte an der Universität von New Orleans, wo er auch ein Österreichzentrum leitet. Die Langversion seines Artikels findet sich in der Festschrift des DÖW für Winfried Garscha anlässlich seines 65. Geburtstages im Mai 2017 sowie seiner bevorstehenden Pensionierung im Sommer 2018.*

# Japanische Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg

**Die Achsenmächte Deutschland und Japan begingen in den von ihnen besetzten Gebieten brutale Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Gerald Netzl beschäftigt sich in diesem Beitrag mit der Ermordung von Millionen Menschen während des Zweiten Weltkrieges durch das japanische Regime.**

Die Deutschen und ihre Helfer haben sechs Millionen Juden und 20 Millionen Sowjetbürger getötet; die Japaner haben 30 Millionen Filipinos, Malaien, Vietnamesen, Kambodschaner, Indonesier und Birma (mindestens 23 Millionen von ihnen waren ethnische Chinesen) getötet. Beide Staaten plünderten die besetzten Länder rücksichtslos aus. Beide Eroberer haben Millionen Menschen als Zwangsarbeiter versklavt und ausgebeutet - im Falle der Japaner auch als Prostituierte für die Fronttruppen. Richten wir unseren europazentrierten antifaschistischen Blick nach Osten.

Das Kaiserreich Japan war Anfang des 20. Jahrhunderts die einzige Industrienation Asiens und spielte eine Rolle in der Weltpolitik. 1905 wurde der russisch-japanische Krieg siegreich

gewonnen, im Ersten Weltkrieg war das Kaiserreich Teil der Entente Cordiale. Dabei verlor die kaiserliche Armee (wie schon seit über hundert Jahren) kein einziges bedeutendes Gefecht. Das daraus resultierende Überlegenheitsgefühl vermischte sich zusammen mit Japans wachsendem Bedarf an Rohstoffen zu einem zunehmenden Nationalismus. Die anderen asiatischen Völker wurden als minderwertig (unter dem eigenen stehend) empfunden.

Die Verbrechen geschahen aus unterschiedlichen Motiven und oft auf Anweisung der Vorgesetzten. Bei japanischen Einmärschen in sich ergebende Städte kam es zu großen Massakern wie auch im Dezember 1937 bei Nanking (Den Protokollen der Kriegsverbrecherprozesse nach dem Krieg zufolge wurden in sechs bis sieben

Wochen mindestens 200.000 Zivilisten und Kriegsgefangene ermordet sowie rund 20.000 Mädchen und Frauen vergewaltigt.) oder im Verlauf von Kämpfen wie 1945 in Manila. Die Art der Tötungen war unterschiedlich. Zivilisten (Kinder und Kleinkinder eingeschlossen) und Kriegsgefangene wurden zu Tausenden mit dem Bajonett erstochen, erschossen, geköpft, ertränkt und lebendig begraben. Außerdem starben Millionen Menschen in Zwangsarbeitslagern und bei - durch das japanische Besatzungssystem verursachten - Hungerkatastrophen (vor allem in Indonesien und Indochina). Die Chinesen nannten später solche Gräueltaten die „Dreistrahlenpolitik“ bzw. „Drei-Alles-Strategie“. Damit war gemeint: töten, ausplündern und niederbrennen.

Während des Krieges forschten mehrere japanische Armeeverbände unter großem Aufwand an Massenvernichtungswaffen und setzten diese in China bei zahlreichen Gelegenheiten ein. Diese Einheiten setzten bei mehreren Operationen chemische und biologische Waffen sowohl gegen feindliche Truppen als auch gezielt zur Massentötung von ZivilistInnen ein. Etwa 20.000 japanische Ärzte machten pseudomedizinische Experimente an Menschen. Opfer waren hauptsächlich chinesische, aber auch philippinische, indonesische und vietnamesische Zivilisten und US-amerikanische, britische und australische Kriegsgefangene.

## Hungerkatastrophen in besetzten Ländern

Die japanische Besatzung beutete die besetzten Gebiete rücksichtslos aus um ihren Bedarf an Rohstoffen zu decken. Dazu zählte die Zwangsarbeit von Millionen Menschen sowie die logistische Beschlagnahmung von Lebensmitteln ganzer Länder. Der hungernden Zivilbevölkerung wurde jegliche humanitäre Hilfe verweigert. In Verbindung mit den Zwangsarbeitslagern

und dem stark ausgeprägten, meist willkürlichen Unterdrückungssystem, das sich gegen Widerstandsgruppen richtete, führte dies zu mehreren Hungerkatastrophen, die Millionen Menschenleben forderten. In Vietnam starben allein bei der Hungerkatastrophe 1944 - 1945 etwa zwei Millionen Menschen, was etwa 10 % der Gesamtbevölkerung entspricht.

## Zwangsprostitution

Der Begriff „Trostfrauen“ ist ein Euphemismus für Frauen, die in Bordellen des japanischen Militärs während des Zweiten Weltkrieges zwangsprostituiert wurden. Bereits mit dem Einfall in China 1932 wurde die Rekrutierung junger Frauen als „Trostfrauen“ systematisiert. Jede Frau musste Tag für Tag etwa 30 bis 40 Soldaten zu Diensten sein. Viele starben an Krankheiten, Folter oder Hunger noch vor dem Kriegsende. In den letzten Kriegswochen wurden Tausende der „Trostfrauen“ ermordet, nur etwa 30 Prozent überlebten den Krieg. Schätzungen gehen von 100.000 bis 300.000 betroffenen Mädchen und Frauen aus.

In Japan selbst wurden und werden die einzelnen Ereignisse oder auch Einzelheiten von Kriegsverbrechen oft von japanischen Nationalisten bestritten. Was bis heute fehlt ist eine Geste Japans ähnlich der von Bundeskanzler Willy Brandt im Jahr 1970 am Denkmal für die jüdischen Opfer des Warschauer Ghettos. Ein Verbotsgesetz gegen Wiederbetätigung oder ein dem Bundesentschädigungsgesetz entsprechendes Gesetz ist im japanischen Rechtswesen nicht existent. Daher wird in Japan die Leugnung der japanischen Kriegsverbrechen nicht strafrechtlich verfolgt, während in Österreich, in Deutschland und in einigen anderen europäischen Ländern, die Holocaustleugnung ein Straftatbestand ist. Die Japaner erinnern sich heute nicht an einen Holocaust, sondern an einen militärischen Konflikt. ■



**Hsuechow, China, 1938: Ein Graben mit Leichen chinesischer Zivilisten, getötet von japanischen Soldaten.**



# Rudi Sarközi – niemals vergessen!

**Die städtische Wohnhausanlage Springsiedelgasse 32 in Wien wurde am 9. Oktober nach unserem am 12. März 2016 verstorbenen früheren Bundesvorstandsmitglied und Gründer des Kulturvereins österreichischer Roma benannt. 52 Jahre lebte Rudi in der Wohnhausanlage, die nun seinen Namen trägt.**

**R**udi Sarközi setzte sich federführend für die Anerkennung der Roma und Sinti als österreichische Volksgruppen ein. Er war der erste Rom, der in Österreich in ein politisches Amt gewählt wurde, von 2001 bis 2010 war er Bezirksrat in Wien-Döbling.

Rudi wurde am 11. November 1944 im Konzentrationslager Lackenbach geboren und wuchs im südlichen Burgenland auf. Als Rom diskriminiert, blieb ihm ein Lehrplatz verwehrt, weswegen er als Hilfsarbeiter tätig war. 1964 zog er nach Wien, wo er 1980 als Kraftfahrer in den Dienst der Stadt Wien trat. Er engagierte sich schon früh für die Anerkennung seiner Volksgruppe. 1991 gründete er den Kulturverein österreichischer Roma, dem er als Obmann vorstand. Er war außerdem federführend an der

Vorbereitung des Nationalratsbeschlusses beteiligt, der die Roma und Sinti als österreichische Volksgruppe anerkannte. Im Jänner 1995 rief Sarközi das Roma Dokumentations- und Informationszentrum in Wien Döbling ins Leben, das 1996 feierlich eröffnet wurde. Auf Rudis Initiative hin wurden an mehreren Orten, so etwa in Lackenbach, Mauthausen und Oświęcim, Mahnmale und Gedenkstätten zur mahnenden Erinnerung an die Vernichtung der Roma durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer errichtet. Sohn Andreas führt Rudis Arbeit in unserem Bund in seinem Sinn weiter.

„Rudolf Sarközis ganzes Leben galt dem Einsatz gegen Ausgrenzung, Intoleranz und Rassismus. Unermüdlich und entschlossen trat er gegen die Diskriminierung von Roma und Sinti auf.

Die historische Aufarbeitung des Genozids an den europäischen Roma und Sinti war ihm zeitlebens eine Herzensangelegenheit. Zahlreiche Mitglieder seiner Familie, darunter seine burgenländischen Großeltern, wurden in Vernichtungslagern ermordet. Die 1993 im Parlament einstimmig erfolgte Aner-

kennung der Roma und Sinti als österreichische Volksgruppen ist der Erfolg seines beharrlichen Einsatzes. Er gilt nach wie vor weit über die Grenzen Österreichs hinaus als Brückenbauer für Toleranz und gegenseitiges Verständnis“, hielt Wohnbaustadtrat Michael Ludwig in seiner Rede fest. ■



**V.l.n.r.: Volkmar Harwanegg, Johannes Schwantner, Christian Klippel (KV Roma), Helga und Andreas Sarközi (Gattin bzw. Sohn), Michael Ludwig.**

# Robert Danneberg – Niemals vergessen!

**Gerald Netzl widmet sich in diesem Beitrag dem Gedenken an Robert Danneberg, der vor 75 Jahren von den Nazis ermordet wurde.**

**W**ahrscheinlich am 12. Dezember 1942 töteten die Nazis Robert Danneberg im Lager Auschwitz-Birkenau. Ob er in den Gaskammern erstickt wurde oder im Revier durch eine Injektion ermordet wurde, ist nicht mehr



**Robert Danneberg um 1905.**

feststellbar. Mit tausend anderen jüdischen Häftlingen, unter ihnen viele österreichische Sozialisten, ist er im Oktober 1942 von Buchenwald abtransportiert worden. Als er „auf Transport ging“ hatte er bereits viereinhalb Jahre Konzentrationslager hinter sich. Robert Danneberg war der eigentliche Architekt des Roten Wien.

Es war seine Idee, Wien als eigenes Bundesland von Niederösterreich abzutrennen, und er hat das auch durchzusetzen gewusst. Die Rolle des Roten Wien wurde dadurch erst möglich. Er war der Schöpfer der neuen Wiener Gemeindeverfassung, er führte die Neuordnung der Verwaltung des Wiener Magistrats durch, er schuf die Institution der amtsführenden Stadträte und begründete schließlich, dies war seine

größte soziale Ruhmestadt, die Wiener Wohnbausteuer.

Wenig bekannt ist seine große Bedeutung für den Verein jugendlicher Arbeiter und damit die Sozialistische Jugend. Der Parteitag 1907 beschloss auf Antrag Dannebergs einstimmig, folgenden Passus in das Statut aufzunehmen: „Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, dass die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewusstsein erfüllt werde. Überall, wo es die Verhältnisse zulassen, sollen zu diesem Zweck eigene Jugendorganisationen gegründet werden.“

Geboren am 23. Juli 1885 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmannes, wurde er Jurist. Mit 22 Jahren wandte er sich ganz der politischen Arbeit zu, wurde Sekretär der Jugendinternationale und gehörte zum linken Flügel der II. Internati-

onale, die gegen die Unterstützung der Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg kämpfte. Nach 1918 wurde er Mitglied des Parteivorstandes, 1922 Parteisekretär und 1920 – 1932 Präsident des Wiener Landtages. Er war einer der Wenigen, der zugleich Abgeordneter zum Wiener Landtag und zum Nationalrat (1919 – 1934) war. 1932 übernimmt er das Amt des Stadtrates für Finanzen als Nachfolger Hugo Breitners.

Nach den Februarkämpfen 1934 wurde er acht Monate in Untersuchungshaft gehalten, war dann Mittelsmann zwischen Otto Bauer und den illegalen Revolutionären Sozialisten. Robert Danneberg wurde beim Grenzübergang in die Tschechoslowakei Opfer eines unglücklichen Zufalls – die genauen Ereignisse wurden verschieden dargestellt – und fiel in die Hände der Gestapo. Anfang April 1938 kam er mit dem ersten Transport politischer Häftlinge nach Dachau. ■

## Schreiberlinge aller Bundesländer,...!

Unsere Zeitung lebt von den Berichten der vielfältigen antifaschistischen Aktivitäten in den Bundesländern und Bezirken sowie von den Rezensionen und Analysen zu aktuellen Entwicklungen. Mit unserer Zeitung informieren wir innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie über unsere Arbeit und leisten einen wichtigen Beitrag zum antifaschistischen Diskurs. Die Redaktion freut sich ganz besonders über Beiträge aus den Strukturen. Fühlt euch daher herzlich eingeladen, im „Kämpfer“ einen Bericht oder eine Rezensionen zu veröffentlichen (am besten mit Bild an [martin.oppeneuer@spoe.at](mailto:martin.oppeneuer@spoe.at) oder [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at))!

Einsendeschluß für 2018: Heft 1/2018: 09. März 2018 Heft 2/2018: 08. Juni 2018  
Heft 3/2018: 07. Sept. 2018 Heft 4/2018: 30. Nov. 2018

Artikellängen: ganze Seite (+Bild): 4.500 - 5.000 Zeichen (mit Leerzeichen)  
halbe Seite (+Bild): 2.500 Zeichen  
drittel Seite: 1.500 Zeichen

**Unsere Mitglieder  
und AbonnentInnen  
ein erfolgreiches  
Jahr 2018  
wünscht  
die Redaktion**

## Hermann Langbein-Symposium: 16.-20. April 2018, Linz

Ziel dieses Seminars zu „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“ ist es, über die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzuklären und umfassendes Wissen und Informationen für die antifaschistische Aufklärungsarbeit für Lehrkräfte aller Schultypen anzubieten. Die Nähe des Seminarorts zu den Gedenkstätten Mauthausen und Hartheim ermöglicht im Rahmen von Exkursionen die Einbeziehung dieser Gedenkort und ihrer Vermittlungsangebote. Das Seminar ist offen zugänglich und es können auch einzelne Vorträge besucht werden.

### Anmeldungen LehrerInnen:

**Mag. Michael WIERY, BEd**  
Telefon +43 1 601 18-3620  
[michael.wiery@phwien.ac.at](mailto:michael.wiery@phwien.ac.at)

### Sonstige Anmeldungen und Informationen:

**Thea Schwantner, Mas, Msc, Medu**  
[thea@schwantner.com](mailto:thea@schwantner.com)

Dieses Fortbildungsseminar der Pädagogischen Hochschule Wien und des Auschwitz-Birkenau Staatsmuseums eröffnet die Möglichkeit einer intensiven und gleichzeitig persönlichen Beschäftigung für Lehrerinnen und Lehrer mit vielfältigen Themen über und rund um die Gedenkstätte Auschwitz. Im Zuge der Seminarreihe an der Gedenkstätte Auschwitz werden Vorträge und Workshops zum Thema angeboten. Ebenfalls vorgesehen ist eine Besichtigung der Stadt Krakau. Mitveranstalter ist die AK Wien.

**Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Günter Bischof, Ali Kohlbacher, Mathias Lichtenwagner, Theodor Maier, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Wolfgang Neugebauer, Alexander Neunherz, Martin Oppeneuer, Hanno Rebhan, Tina Rosenberger, Christoph Schribl, Willi Soucek, Peter Weidner

**Lektorat:** Irini Tzaferis

**Grafische Gestaltung:** Helmuth Hockauf / Wien Work - Digital Media

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 1. Dezember 2017

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 9. März 2018

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at), Internetadresse: [www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at).

**Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

**Hersteller:** Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG  
MZ GZ02Z033355M